Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für Halle-Merseburg mit der illustrierten Internationalen Arbeiter-Zeitung „Sichel u. Hammer"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,60 Mark; durch die Post bezogen 2,85 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg eGmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Herausgeber: Otto Kilian

Anzeigenpreis: 9 Goldpfennig f. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 38 Goldpfennig f. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 106948 Fritz Krob, Halle.

Einzelpreis 15 Pf. | **Halle, Dienstag, den 21. Oktober 1924** | **4. Jahrgang * Nr. 196**

Der Reichstag aufgelöst

Um den Lohn für den Verrat am 29. August!

(Eig. Drahtm.) Berlin, 21. Oktober.

Der Reichspräsident Ebert hat im Einverständnis mit dem Reichskanzler Marx gestern den Reichstag aufgelöst. Der Grund für diese Auflösung ist das Scheitern einer Einigung zwischen den Dawes-Parteien über die Regierungsbildung. So sehr der Bürgerblock von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen sich über die Grundfrage: Aushungerung der deutschen Massen, einig ist, so wenig konnten sich doch die einzelnen kapitalistischen Gruppen über die Verteilung der Ministersessel und den Platz an der Regierungsfutterkrippe verständigen.

Die Neuwahl wird Anfang oder Mitte Dezember, wahrscheinlich mit den preußischen Landtagswahlen zusammen stattfinden.

★

* Halle, 21. Oktober.

Angesichts dieser Meldung über die Reichstagsauflösung wollen wir noch einmal an erster Stelle betonen: Ueber die Grundfrage jeder zukünftigen bürgerlichen Politik, über die Auspressung, Verelendung und Bedrückung der Werktätigen, bestehen bei dem großen Bürgerblock von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen keine Meinungsverschiedenheiten. Der Streit geht um ganz etwas anderes. Weshalb diese Reichstagsauflösung? Seit dreieinhalb Wochen vollführt das Parlament der deutschen Republik ein Schauspiel, das an Erbärmlichkeit und schamloser Gesinnungslumperei nicht leicht übertroffen werden kann. Am 29. August haben die Parteien von Wels bis Hergt für die Unterzeichnung des Dawes-Diktates gestimmt. Damit hatten sie ihr verbrecherisches Handwerk, die Auslieferung Deutschlands an das internationale Kapital, gekrönt. Sie hatten sich als zuverlässige Henkersknechte für die Morgan und Konsorten erwiesen. Dafür verlangten die Parteien, vor allem die Deutschnationalen und Sozialdemokraten, nun die **Anerkennung in Gestalt von Ministersesseln und einflußreichen Plätzen an der Regierungsfutterkrippe.** Der Schacher der dreieinhalb Wochen ging deshalb um die Silberlinge für die Judastat des 29. August. Darüber ist es zu keiner Einigung gekommen. Jede dieser Gruppen, die fetten deutschnationalen Junker, die brutalen Unternehmer der Stresemann-Partei, die frömmelnden Zentrumskapitalisten, die mauschelnden demokratischen Börsenjuden und die feisten, postenlüsternen sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftssekretäre, jede Sorte dieser edlen „Volksvertreter" erhob Anspruch auf eine Extragratifikation für das erfolgreiche Verbrechen auf dem Nacken des deutschen Volkes. Es ging den deutschen Reichstagsparteien so wie dem Rudel Wölfe, die in erfolgreicher Einheitsfront ihr Opfer gejagt haben, und nun bei der Verteilung der Beute sich gegenseitig anfallen.

Das ist der erste Grund für die plötzliche Reichstagsauflösung und der zweite? **In der kommenden Reichstagswahl soll der Hauptschlag gegen die verhaßten Kommunisten geführt werden!**

Der Schreck über das Wahlergebnis am 4. Mai sitzt der deutschen Bourgeoisie noch so stark in den Gliedern, daß sie in der Niederknüppelung des roten Gespenstes ihre Hauptaufgabe bei der jetzigen Wahl sieht. Wir Kommunisten sind zu diesem Kampf gerüstet. Wir werden den deutschen Massen an der schandbaren Haltung dieses ebenso kurzlebigen wie verbrecherischen Reichstags zeigen, wer ihre Interessen vertreten hat. Wer war es, der als einziger einen klaren und entschiedenen Kampf gegen den Verkauf Deutschlands an die Morgan-Kapitalisten führte — die Kommunisten! Wer war es, der immer wieder die Freilassung der 7000 von der Klassenjustiz eingesperrten Proletarier verlangte und den Kampf um diese Forderungen mit allen Mitteln, bis zur parlamentarischen Obstruktion führte? — Die Kommunisten! Das sind die beiden entscheidenden Fragen. Für die deutschen Arbeiter, Kleinbauern und Mittelständler werden sie der Prüfstein für ihre Haltung gegenüber den Parteien sein. Und wir zweifeln nicht daran, daß die drei Millionen Wähler, die sich im Mai dieses Jahres hinter die Kommunistische Partei gestellt haben, die unversöhnliche Haltung der kommunistischen Fraktion gegenüber den Schandbuben, die für diese beiden Verbrechen verantwortlich sind, verstehen und billigen werden.

Genau, wie vor dem 4. Mai, so sagen wir Kommunisten auch heute den deutschen Volksmassen, daß jede Hoffnung auf das bürgerliche Parlament, jede Hoffnung, der neue Reichstag werde „besser" sein, als die Gaunergesellschaft, die den alten Reichstag beherrscht hat, eine Illusion ist. Wir Kommunisten sagen den deutschen Werktätigen, daß jeder bürgerliche deutsche Reichstag in Zukunft nur die Rolle eines Geschäftsausschusses für die Firma Morgan sein wird. Wir Kommunisten verschmähen es, unseren Wählern „positive" Versprechungen zu machen, um dann später hinter ihrem Rücken das Wohl und Wehe der deutschen Werktätigen gegen einige gutbezahlte Regierungsposten zu verkaufen.

Aber wir Kommunisten sagen den deutschen Massen, daß jede für uns abgegebene Stimme eine Stimme des Protestes ist, gegen die bankrotte bürgerliche Republik, die voll der Stinnes- und Morgan-Clique ausgehalten wird. Mit jeder Stimme, die ein deutscher Arbeiter, Kleinbauer oder Mittelständler für die Kommunisten abgibt, erklärt er, daß er gewillt ist, zu kämpfen:

gegen die bankrotte bürgerliche Gesellschaft;

gegen die auf Bergen von Arbeiterleichen und 7000 eingekerkerten Proletariern errichtete bürgerliche Republik;

gegen die ungeheuerliche Verschacherung des deutschen Volkes an die Industriekönige Amerikas;

für eine menschenwürdige Behandlung der Werktätigen und den Achtstundentag;

für den Kampf gegen alle Sklavenverträge, die auf dem Nacken der deutschen Massen abgeschlossen worden sind;

für die Befreiung der deutschen Massen von allen wirtschaftlichen und politischen Sklavenketten;

für die Errichtung eines Arbeiter-Deutschlands im engsten Anschluß an Sowjet-Rußland;

für die deutsche proletarische Revolution.

Genau wie am 4. Mai muß auch am kommenden Wahltag auf das Verbrechen der bürgerlichen und sozialdemokratischen Parteien vieltausendfach die Antwort der Massen ertönen:

Nur der Kommunismus kann uns retten!

Der Wortlaut der Ebert-Verordnung

(WTB.) Berlin, 20. Oktober.

Der Reichspräsident hat nachstehende Verordnung erlassen:

„Parlamentarische Schwierigkeiten machen die Beibehaltung der gegenwärtigen Reichsregierung und gleichzeitig die Bildung einer neuen Regierung auf der Grundlage der bisher befolgten Innen- und Außenpolitik unmöglich. Auf Grund des Artikels 25 der Reichsverfassung löse ich deshalb den Reichstag auf.

Berlin, 20. Oktober 1924.

Der Reichspräsident. gez.: Ebert.
Der Reichskanzler. gez. Marx."

Ebert pfeift auf die Verfassung

Berlin, 20. Oktober.

Aus der frechen Verletzung der Reichstags- und Landtags-Immunität durch den Untersuchungsrichter Dr. Vogt, der sich über alle Paragraphen der Verfassung und der Strafprozeßordnung hinwegsetzte, war von vornherein zu entnehmen, daß sich Vogt vorher der Zustimmung maßgebender Persönlichkeiten vergewissert habe. Jetzt stellt sich heraus, daß sich Vogt nicht nur mit dem Deutschnationalen Wallraf und dem Sozialdemokraten Leinert verständigt hat, sondern daß er auch die ausdrückliche Genehmigung des sozialdemokratischen Reichspräsidenten Fritz Ebert eingeholt hat. Ebert ist überhaupt bei der Einleitung der Aktion gegen die kommunistischen Frattionen im Reichstage und im Landtage der ausschlaggebende Faktor gewesen. Das ergibt sich schon daraus, daß Vogt nur je einmal mit dem Reichstagspräsidenten Wallraf und dem Landtagspräsidenten Leinert mündlich verhandelt hat. Dagegen hatte Vogt zwei mündliche Besprechungen mit dem Reichspräsidenten Ebert, die erste am 1. Juli mittags 1 Uhr und die zweite am 2. Juli nachm. 5 Uhr. Nach einem eigenen Aktenvermerk Vogt's ist bei diesen Konferenzen „Art, Umfang und Durchführung der Durchsuchung eingehend besprochen worden." Der Reichspräsident Ebert trägt also genau so wie Vogt, Wallraf und Leinert die volle Verantwortung für die Verletzung der Immunität der Parlamente und der Strafprozeßvorschriften über Haussuchungen. Wenn Ebert gegen die Durchsuchung auf Grund der Reichsverfassung, deren Hüter er angeblich ist, Einspruch erhoben hätte, dann wäre die Durchsuchung unterblieben. Der Aktenvermerk Vogts bestätigt aber weiter, daß Ebert auch über die Art der Haussuchung unterrichtet war und daß er vorher Vogt zur Verletzung der bestehenden Vorschriften ermächtigt hat.

Nachdem diese Tatsachen bekannt sind, dürfte es der SPD. schwer fallen, nach dem Muster Levis und Loebes die Verantwortung für die ganze Aktion dem deutschnationalen Untersuchungsrichter und dem deutschnationalen Reichstagspräsidenten zuzuschieben. Nein, nicht nur der Sozialdemokrat Leinert ist mit verantwortlich, in viel höherem Maße trifft die Schuld den sozialdemokratischen Reichspräsidenten Fritz Ebert. Ebert hat damit von neuem dokumentiert, daß sein Haß gegen die Kommunisten heute noch ebenso frisch ist wie in den Januar- und Märztagen 1919, als er zusammen mit Noske die revolutionären Arbeiter Deutschlands niederschlagen ließ.

Die Lohnverhandlungen der Eisenbahner verschleppt

Scheffel und die Reichsbahn-A.-G. wollen erst „statistische Untersuchungen" anstellen.

(Eig. Drahtm.) Berlin, 21. Oktober.

Die Verhandlungen zwischen der Reichsbahn-A.-G. und den Eisenbahnerorganisationen über die Lohnerhöhung haben ohne positives Ergebnis stattgefunden. Scheffel vom Deutschen Eisenbahnerverband verlangte Erhöhung der Löhne, weil die steigenden Lebensmittelpreise einer Familie unmöglich machen, mit dem alten Lohn auszukommen. Der Vertreter der Eisenbahn-A.-G. gab die Teuerung zu, erklärte jedoch, eine Lohnerhöhung der Eisenbahner sei nicht ohne weiteres durchführbar. Die Eisenbahn müsse auf die gesamte Wirtschaft Rücksicht nehmen. Heute seien aber die Löhne der Eisenbahner höher, als die Löhne in der Privatindustrie. Die Besprechungen über die Lohnerhöhung wurden um acht Tage verschoben, angeblich, damit die Reichsbahn-A.-G. inzwischen statistische Untersuchungen über die Teuerung und die Löhne anstellen kann.

Verhandlungen, Verhandlungen und nochmals Verhandlungen. Und das Ziel? Statistische Erhebungen. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer spielen ihre Judasrolle weiter, sie verlassen die Eisenbahner gegenüber dem ausländischen Kapital ebenso, wie sie sie an die inländischen verkauft haben. Die Eisenbahner stellen die bescheidene Forderung von 30 Prozent Lohnerhöhung auf, aber Scheffel und Konsorten verhandeln und verhandeln, stellen „statistische Erhebungen" an. Die Eisenbahner werden daraus ersehen, daß Scheffel und Konsorten aus der Leitung des DEV. verschwinden müssen und an deren Stelle Leute gesetzt werden müssen, die die Interessen der Eisenbahner vertreten.

Gemeindearbeiterstreik in Mitteldeutschland

(Eig. Drahtm.) Magdeburg, 21. Oktober.

Die mitteldeutschen Gemeindearbeiter sind in der Nacht vom 20. zum 21. Oktober in den Streik getreten. Der Arbeitgeberverband der Kreise und Kommunen blieb in der gestrigen Verhandlungen in Magdeburg auf seinem Standpunkt bestehen, daß der Berliner Schiedsspruch für ihn verbindlich sei und lehnte jede Verhandlung auf neuer Grundlage ab. Der Streik erstreckt sich von Stendal in der Altmark bis nach Erfurt mit Einschluß der Harzgebiete.

In Magdeburg stehen Elektrizität, Gas, Wasser, Stadttheater, Hoch- und Tiefbauamt, Friedhöfe. In Erfurt stehen ebenfalls alle Betriebe.

In Halle streiken bereits das Gaswerk, das Wasserwerk, die Werkstätten, das Hochbauamt, das Stadttheater und die gesamten Friedhöfe.

Die Streikleitung hat ihren Sitz in der Produktiv-Genossenschaft.

30 Pfennig Stundenlohnzuschlag erkämpft

Die hallischen Töpfer hatten bisher einen Stundenlohn von 95 Pfennig. Sie stellten die Forderung von 1,50 Mark stündlich. Da die Unternehmer sich weigerten, Zugeständnisse zu machen, traten die Töpfer gestern in den Streik. Nach einer halben Stunde Streik bewilligten die Unternehmer 30 Pfennig Stundenlohnzuschlag, so daß der Stundenlohn jetzt 1,25 Mark beträgt. Daraufhin nahmen die Töpfer die Arbeit wieder auf.

Hungerstreik von 50 politischen Gefangenen in Altona

Wegen Verschleppung des Verhandlungstermins

(Eig. Drahtm.) Hamburg, 21. Oktober.

Im Gerichtsgefängnis von Altona sind 50 wegen Beihilfe zum Hochverrat im Oktober vorigen Jahres verhaftete Proletarier in den Hungerstreik getreten. Die Streikenden befinden sich seit Oktober vorigen Jahres in Untersuchungshaft. Der Termin der Hauptverhandlung ist noch nicht festgesetzt. Die Gefangenen haben erklärt, daß sie nicht gewillt sind, vom Hungerstreik abzulassen und wollen lieber verrecken. Sie fordern Freilassung oder Anberaumung des Termins der Hauptverhandlung. Die Staatsanwaltschaft hat bis jetzt die Zustimmung der Haftentlassung von 12 Angeklagten gegeben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-166915610192410 21-18/fragment/page=0001

Das Wohnungselend vor dem preußischen Landtag

(Eigener Bericht)

Berlin, 20. Oktober.

Die Sozialdemokratie will im Landtag ein Gesetz durchdrücken, **das den Abbau der sozialdemokratischen Polstenkleber in den Gemeinden erschweren**, von der Zustimmung des Ministers Severing abhängig machen soll. Sie hat es fertiggebracht, auch die bürgerlichen Koalitionsparteien für diese Stützungsaktion zugunsten der wankenden SPD.-Renegaten zu gewinnen. Aber die Koalition ist so tief zerfallen, daß sie das Gesetz nicht zur Annahme bringt. Wenn Deutschnationale und Kommunisten (unsere Fraktion will Einstellung des gesamten Abbaues und nicht Einschränkung der Selbstverwaltung) sich der Abstimmung enthalten, fliegt allemal die Sitzung hoch. Aus diesem Grunde, weil die Postenjäger-Schutzkompanie nicht stark genug angetreten war, kam auch am Montag wieder keine gültige Abstimmung zustande.

Der Landtag setzte danach die Beratung des Haushalts für Volkswohlfahrt fort beim Kapitel „Wohnungswesen". Von der KPD.-Fraktion sprach hierzu

Genosse Kilian:

Keine Partei bringt jetzt mehr Tatsachen vom Wohnungselend vor. Und doch besteht es in furchtbarer Form fort. In Oberschlesien sieht es besonders schlimm aus. In Opeln ist die städtischen Turnhalle zum Notquartier gemacht. Die vier „Familienwohnungen" sind abgeteilt durch an Leinen aufgehängte Wäsche.

Eine Familie von zehn Köpfen, deren Ernährer seit langem erwerbslos ist, hat das einzige Zeit an eine Prostituierte vermietet. Der Mann schläft auf einer Decke unterm Bett, die Kinder liegen auf dem Fußboden herum.

Auf Beschwerde hat der Magistrat den Fall „erledigt", in dem er anerkannte, daß die Prostituierte nur nachts Besuche empfangen dürfte. (Hört, hört! b. d. Komm.) In Beuthen hat die Stadt eine alte Kaserne als Notquartier eingerichtet. **In 24 Zimmern sind 24 Familien mit 104 Köpfen untergebracht**, darunter sieben **Dirnen.** Diese wohnen bei Familienvätern mit acht bis zehn Kindern, die arbeitslos sind. (Hört, hört! b. d. Komm.) Demgegenüber sind in Oberschlesien Dutzende von Herrenhäusern und Schlössern, **mit 20 bis 60 Zimmern, die entweder nur kurze Zeit im Jahr oder überhaupt nicht bewohnt sind.** (Hört, hört! b. d. Komm.)

Die republikanische Wohnungspolitik hat völlig Pleite gemacht. Wie könnte man auch auf diesem Gebiet Fortschritte erwarten, wo überall der Bankrott zu Tage liegt? Jetzt sollen die Mieter die Kosten für den Wohnungsneubau durch die Hauszinssteuer aufbringen und obendrein noch den Staat für Verwaltungskosten. Mittel. Die Ärmsten der Armen müssen eine Sondersteuer zahlen!

Es darf nie vergessen werden, daß die Sozialdemokratie zuerst mit der Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz den Regierungen die Möglichkeit hierzu gegeben und in Bezug auf die Einführung der Hauszinssteuer gedrängt hat,

von der der „Vorwärts" und die „Germania" sagten, sie sei die „unsozialste aller Steuern". (Hört, hört! b. d. Komm.) Vor kurzem habe der „Vorwärts" selber zugeben müssen, daß Hauszinssteuerhypotheken nur Leute bekämen, die bereits über Kapital verfügten. **Deshalb predigt er den Arbeitern das Sparen.** Dieselben Arbeiter, die nicht soviel Einkommen haben, daß sie sich satt essen und anständig kleiden können, muten die Gewerkschaften zu, Tausende von Goldmark zurückzulegen für Häuserbau. (Sehr gut! b. d. Komm.) In Halle hat der Gemeindearbeiterverband seinen Mitgliedern ebenfalls zugemutet, in Lohnabzüge **für die Errichtung städtischer Wohnungen zu willigen.** Mehr kann man den wohnungslosen Proleten wirklich nicht bieten!

Der kapitalistische Staat kann und will das Wohnungselend nicht beseitigen. Es ist kein Zufall, daß ausweislich der Statistik von dem Wohnungszuzug seit 1919 in den mittleren Städten Preußens 10 000 Wohnungen auf eine Million Bevölkerung, in den Landkreisen 7700 Wohnungen auf eine Einwohner-Million, in den Städten von 50 000 Einwohnern an aber **nur 5000 Wohnungen auf eine Einwohner-Million entfallen.** Das großstädtische Industrieproletariat läßt man im Wohnungselend zugrundegehen. Bald wird auch die **freie Wirtschaft** kommen, mit vier- bis fünffachen Friedensmieten, mit Hunderttausenden obdachloser, kinderreicher Familien

Das arbeitende Volk, insbesondere die Mieterschaft, muß sich in geschlossener Front zur Wehr setzen gegen alle kapitalistischen Räuber:

gegen die Agrarier, die das Brot verteuern, gegen die Kartellkapitalisten, die die anderen Waren verteuern und gegen die Hausbesitzer, die die Wohnungsnot ausnützen, um Riesengewinne zu machen. Das arbeitende Volk muß der Bourgeoisie **mit der Staatsgewalt auch die Verfügung über die Wohnungen und die Baustoffindustrie entreißen** und dann eine soziale Umquartierung der Familien durchführen derart, daß die kinderreichen Arbeiterfamilien in die großen, gesunden Wohnungen der Reichen kommen. **Die Kampfparole der bedrohten Mieterschaft muß die Sozialisierung der gesamten Wirtschaft sein.** Damit wird allein das Wohnungselend aus der Welt geschafft werden können. (Bravo! b. d. Komm.)

Die bürgerlichen Redner traten alle für Lockerung bzw. Beseitigung der Wohnungszwangswirtschaft ein. Dr. Grundmann (Deutsche Volkspartei) lobte die „verständigen Ausführungen des Kollegen Meyer von der Sozialdemokratie" Dominicus (Demokrat) sprach erfreut von der „Anerkennung der Kapitalrente des Hausbesitzes durch die Sozialdemokratie".

Ein schwarzer Tag für die SPD. — Dienstag Fortsetzung.

Erhöhung der „Arbeitslosenunterstützung" — für den Großherzog

Am 1. November werden Massen von Arbeitslosen die letzte jämmerliche Unterstützung verlieren. Mit den abgetakelten Kaisern, Königen, Großherzogen usw. ist das natürlich eine andere Sache. Ein anständiger Mensch", der was auf seinen Stand hält, würde allerdings die Hände über dem Kopf zusammenschlagen, wenn die Republik gewissen alten oder jungen Monarchen bloß sieben oder acht Mark pro Woche an Unterstützung geben würde. Und ein anständiger Sozialdemokrat, der was auf seine Partei hält (von Ministersiesein ganz abgesehen) würde diesen Gedanken gleichfalls als menschenunwürdig bezeichnen. Nach diesem Grundsatz haben denn auch die sozialdemokratischen Ministerlinge dem holländischen Wilhelm gegenüber gehandelt.

Laßt einmal sehen, wie groß die „Arbeitslosenunterstützung" des ehemaligen Großherzogs von Hessen ist. Im Dezember 1923 erhielt der Aermste monatlich bloß 4000 Mark Goldmark, daß er eine Masse von Nebenverdiensten hatte. Wie jetzt der Mannheimer „Arbeiterzeitung" aus dem hessischen Landtag bekannt wird, ist die „Arbeitslosenunterstützung" des Großherzogs am 1. Januar 1924 auf 4400 Goldmark, am 1. April auf 5214 und am 1. Juni auf 6257 Goldmark erhöht worden.

Für das Wohlleben eines nutzlosen Fressers mit wohlgepflegter parfümierter Haut hat die Republik Geld — für das proletarische „Gesindel" hat sie nichts.

In der russischen Sowjetrepublik haben es die Arbeiter anders gemacht. Großfürsten und dergleichen Gesindel, soweit sie nicht mit ihren zusammengerafften Zuweien das Weite gesucht haben, sind Zeitungshändler und dergleichen oder auch Kellner geworden. Das ist eben so ein kleiner Unterschied zwischen Republik und Republik, bürgerlicher und proletarischer Staatsmacht.

Hungerprotz der Reichspost

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 21. Oktober.

Nach der Denkschrift über die Reichspost beträgt der reine Ueberschuß seit April 1924 49,8 Millionen Mark. Die Hälfte des Geldes, ca. 20 Millionen, sind verzinslich angelegt.

Einheitlicher Kampf gegen die Dawes-Gesetze

Nur nach und nach legen die Dawes-Parteien, Sozialdemokraten, Demokraten, Zentrum, Deutsche Volkspartei und Deutschnationale, der Arbeiterschaft die sich aus den Dawes-Gesetzen ergebenden Lasten auf. Und schon spüren die Arbeiter und unteren Beamten die Folgen des internationalen Ausbeuterpaktes. Immer größer wird der Kreis der Arbeiter, die in dem Kampf gegen die Dawes-Gesetze ihre Rettung erblicken und sich hinter das Kampfprogramm der Gothaer Betriebsräte stellen. In steigendem Maße erkennen die Arbeitermassen, daß nur durch revolutionäre Massenorganisationen ein erfolgreicher Kampf geführt werden kann. Massenorganisationen sind die Gewerkschaften, zu revolutionären Massenorganisationen müssen sie gemacht werden. Der Masseneintritt von bisher nicht organisierten Arbeitern, der Wiedereintritt ausgetretener Gewerkschaftsmitglieder und die Einheit zwischen den freien Gewerkschaften und den selbständigen Verbänden zwingt die reformistischen Gewerkschaftsführer zu bestimmten Handlungen. Sie werden dem Massendruck nachgeben und sich an die Spitze der Kampfe stellen, doch werden sie versuchen, jeden Kampf vor der Erreichung des Zieles abzubrechen, da sie sich ja auf die Dawes-Gesetze verpflichtet haben. Wollen die Arbeiter wirklich eine grundlegende Verbesserung ihrer Lage erreichen, die sie nur durch rücksichtslosen Kampf gegen die Kapitalisten erreichen können, dann müssen sie den Kampf gegen die Schildhalter der Kapitalisten, die reformistischen Gewerkschaftsführer, führen.

Die Sozialdemokraten und sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer werden die bevorstehenden Reichstagswahlen benutzen, um mehr wie bisher die sich erneut bildende Kampffront der Arbeiterschaft zu sabotieren. Die Arbeiter dürfen nicht glauben, daß durch eine Veränderung der Reichstagszusammensetzung, etwa dadurch, daß mehr Sozialdemokraten in den Reichstag ziehen, nun die Arbeiter mehr Lohn erhalten. Von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen hat das ganze Bürgertum den Dawes-Gesetzen zugestimmt und sind zu deren Durchführung bereit. Nur ein Räte-Deutschland, das den Dawes-Pakt zerreißt, kann Besserung bringen. Die Arbeiterschaft darf sich durch die Wahlen nicht von ihren wirtschaftlichen Kämpfen abhringen lassen.

Was aber Einigkeit erreichen kann, das zeigt das Beispiel der hallischen Töpfer. Sie sind restlos gewerkschaftlich organisiert. Nur durch ihre Geschlossenheit konnten sie sich einen Stundenlohn von 1,25 Mk. erringen. Arbeiter, zeigt dasselbe Beispiel der Geschlossenheit und Ihr werdet zum Ziele kommen.

Die Einheitsbewegung dehnt sich aus, sie hat bereits machtvolle Formen angenommen. Doch ist sie noch nicht so stark, daß die Arbeiterschaft einen erfolgreichen Kampf führen kann. Nur durch den Masseneintritt der Arbeiter in die Gewerkschaft, nur durch die Revolutionierung der Gewerkschaften, kann das Kampfprogramm der Gothaer Betriebsräte durchgeführt werden.

•

Für die Gothaer Forderungen — für die Einheit der Gewerkschaften

Eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung in Großtreben nahm folgende Resolution einstimmig an:

„Die am 19. Oktober im Schubertschen Lokal stattgefundene Gewerkschaftsversammlung macht die Forderungen der Gothaer Arbeiterschaft zu den ihrigen. Sie erklärt ferner, daß die Lage der Arbeiterschaft nur dann gebessert werden kann, wenn die Arbeiterschaft restlos gewerkschaftlich erfaßt wird und die Gewerkschaften zu Klassenkampforganisationen ausgebaut werden. Um die Einheit der Gewerkschaften zu erreichen und um die elende Lage der Arbeiterschaft zu heben, fordern wir die Vorstände der freien Gewerkschaften und die Leitung des ADGB. auf, die Gothaer Forderungen anzuerkennen und den Kampf dafür vorzubereiten.

•

Eine öffentliche Versammlung in Lichtenburg sowie die Bauarbeiterversammlung in Torgau nahmen eine ähnlich lautende Resolution an.

Weitere Betriebseinschränkungen

(Eig. Drahtm.) **Wilden**, 21. Oktober.

Eine Belegschaftsversammlung von „Rheinstahl" faßte eine Erschließung gegen den Londoner Ausbeuterpakt. Sie fordert den Kampf gegen ihn und sagt dazu: Wir fordern alle Kollegen auf, wieder restlos in die Gewerkschaften einzutreten. Es ist aber notwendig, daß den Gewerkschaften eine Führung gegeben wird, die den Anforderungen der Arbeiterschaft gerecht wird. Die Kollegen geloben selbst und fordern alle anderen Arbeiter auf in diesem Sinne zu wirken. Hinein in die freien Gewerkschaften! Für eine revolutionäre Führung der Gewerkschaften. Das sei unsere Parole für die nächste Zeit.

(Eig. Drahtm.) **Köln**, 21. Oktober.

In Sendorf fand eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung für Sendorf, Neuwied und Becken statt. Folgende Resolution wurde angenommen:

„Die zahlreich versammelten Arbeiter von Sendorf, Neuwied und Becken erkennen es als dringende Notwendigkeit an, daß sich die gesamte Arbeiterschaft in den Gewerkschaften organisiert, um der internationalen Ausbeutergesellschaft die Einheitsfront der Arbeiter im Kampf um das nackte Leben entgegenzustellen. Die Anwesenden geloben, alles zu tun, um ihre Kollegen in den Betrieben in die Verbände hineinzuführen, um so die Einheitsfront zur Tatsache werden zu lassen."

In einer zweiten Resolution wird die Freilassung der politischen Gefangenen gefordert.

(Eig. Drahtm.) **Dortmund** 21. Oktober.

Die Dortmunder „Union" nimmt Betriebseinschränkuegen vor. Die Abteilung Waggonbau hat angeblich wegen Mangels an Aufträgen stärkere Einschränkungen vorgesehen. Vorläufig wurde eine Feierschicht eingelegt.

Lohnforderungen der Eisenbahner

(Eig. Drahtm.) **Düsseldorf**, 21. Oktober.

Die Langenfelder Eisenbahner beschlossen in einer Versammlung den schärfsten Kampf gegen den Londoner Pakt. Zur Linderung der allergrößten Not verpflichtet sie sich zur Führung des Kampfes auf der Grundlage folgender Forderungen:

Lohnerhöhung um mindestens 20 Prozent;
Zahlung einer Entschädigungssumme von 50 Goldmark;
Beseitigung der zehntägigen Lohnzahlung;
Beseitigung der Lohnklassen 6 und 7;
Bezahlung der weiblichen Bediensteten nach Lohngruppe 5;
Wiedereinführung des Achtstundentages bzw. der 48-Stunden-Woche.

Französische und deutsche Polizei Hand in Hand gegen die Arbeiterschaft

(Eig. Drahtm.) **Dortmund**, 21. Oktober.

Die bürgerliche Presse beginnt mit einer ungeheuren Lügenflut die Vorbereitung zur neuen Stadtverordnetenwahl. Den Arbeitern wird die Abwehr der schamlosen Ausbeuterhetze außerordentlich erschwert, weil die Besatzung die kommunistische „Westfälische Arbeiterzeitung" bis auf weiteres verboten hat. Durch Verhaftungen versucht die Polizei die kommunistische Abwehr zu lähmen. Heute soll nun Dortmund geräumt werden. Das von der Besatzung verhängte Verbot ist dadurch hinfällig. Nun wird aber bekannt, daß die deutsche Polizei die Absicht habe, das von der Besatzung ausgesprochene Verbot fortzuführen.

Der Consul-Prozeß

Morgen beginnt der auf drei Tage vorgesehene Prozeß gegen die „Organisation C." Schon in der Stellung der Anklage zeigt sich die verschiedene Behandlung, die der Staatsgerichtshof anzuwenden beliebt. Gegen die „O. C." ist, trotzdem der Prozeß im Zusammenhange mit dem Rathenau- und Erzberger-Mord steht, nur Anklage wegen — Geheimbündelei im Sinne des § 128 erhoben. Wären es Arbeiter, die auch nur den hundersten Teil der Verbrechen der „O. C." auf dem Gewissen hätten, so wäre bestimmt Anklage wegen Vergehens gegen § 129 (Vorbereitung zum Sturz der bestehenden Staatsmacht durch Raub, Mord, Sprengstoffvergehen, Plünderung, Brandstiftung, Aufruhr, Landsfriedensbruch). Wir sind der Auffassung, daß für die Verbrecher der „O. C." der § 129 voll und ganz zutrifft. Aber der Oberreichsanwalt dürfte nicht ein Bürgerlicher sein. Daß sich sämtliche Angeklagte auf freiem Fuße befinden, findet seine Erklärung sofort darin, wenn man daran denkt, daß der Vorsitzende des Staatsgerichtshofes der Riedner ist, der auch den Vorsitz in diesem Prozeß führt. Kann da das Urteil zweifelhaft sein, noch dazu, wo der Prozeß vor dem südbeutschen Senat stattfindet?

Den sogenannten „nationalen" Parteien ist dieser Prozeß höchst unangenehm, noch dazu, wo er jetzt gerade in die Wahlzeit fällt. Sie versuchen, den Sinn des ganzen Prozesses zu verdrehen und drohen Enthüllungen an. So quakt die „Hallesche Zeitung", daß der Prozeß einen „Sumpf enthüllt, dessen schmutzige Wasser hohe und höchste Persönlichkeiten der Republik und die führenden Vertreter der Linksparteien bis zur Unkenntlichkeit bespritzt." Und auf einmal, da die Regierungsspitzel auch mal einige der ihrigen, die mit den Mordburschen Erzbergers und Rathenaus in einer Geheimorganisation zusammen waren, gefaßt haben, da charakterisiert dieses saubere Scharfmacherblatt die Spitzel folgendermaßen:

„. . . die im politischen Kampfe Spitzeln benutzen, die schwere Zuchthausstrafen hinter sich haben. Syphilitiker und ausgelprochene Irrsinnige sind es, die für weniger als dreißig Silberlinge jeden Menschen verraten und ohne Grund beschuldigen und die diesen Abscheum der Menschheit auspeien . . ."

Eine wirklich zutreffende Charakterisierung der Spitzel. Nur hat man bisher, als die Spitzeltätigkeit sich nur gegen die KPD. richtete, so etwas von der „D. Z." nicht gehört. Was sagt Herr Duesterberg zu dieser Charakterisierung der Spitzel?

Der Rote Frontkämpfer-Bund für Freilassung der politischen Gefangenen

Roßla, 20. Oktober.

Die Massenversammlung des Roten Frontkämpfer-Bundes der Ortsgruppen Roßla, Keibra, Heringen, Nordhausen, Salza, Pustleben, Artern und Sangerhausen nahm scharfe Stellung gegen die Klassenjustiz, die über 7000 klassenbewußte Proletarier hinter Zuchthausmauern zugrunde richtet, während die Kapp-Rebellen, die Hitler- und Ludendorff-Garden, die Hochverrat und offenen Aufruhr begingen, frei herumlaufen. Es ist eine Schmach obgleichen, daß die landesverräterischen Separatisten im besetzten Gebiet amnestiert werden, die politischen Arbeitergefangenen, die ehrlich für Recht und Arbeiterinteressen stritten, in den Zuchthäusern zurückgehalten werden. Die Versammlung verlangt vom Reichstag die sofortige Amnestierung und gelobt, Gut und Blut daranzusetzen, um dieses Ziel zu erreichen.

Defizit in der Reichskasse

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 21. Oktober

Der Ausweis der Reichshauptkasse für die erste Oktoberdekade zeigt ein Defizit von 48,6 Millionen Goldmark. Dieses Defizit ist durch die Tatsache hervorgerufen, daß die auf Grund des Dawes-Planes als Pfand dienenden Zölle und Abgaben auf Branntwein, Tabak, Bier und Zucker **schon jetzt über die Kasse des Kommissars für die verpfändeten Anleihen geleistet werden.** Die Finanzkontrolle der Morgan-Kolonie Deutschland hat begonnen.

Herriot „räumt"

(Eig. Drahtb.) **Essen**, 20. Oktober.

Durch die bürgerliche Presse gehen fortgesetzt Meldungen über den Abzug der französischen Truppen aus einzelnen Städten. So wird jetzt die Räumung von Westhofen und Limburg gemeldet. Beides sind kleine, unbedeutende Orte weit außerhalb des Ruhrgebietes, die beide nur besetzt wurden, um die Abriegelung des englischen Brückenkopfes vom übrigen Deutschland zu ermöglichen. Ihre Besetzung wäre also bei der gegenwärtigen Lage sinnlos. Uebrigens wurden in ihnen nur noch kleine französische Vorposten von wenigen Mann aufrechterhalten.

Die völkische Eiche verliert ihre Blätter

Nach dem Eingang der völkischen „Großdeutschen Presse", der „Deutschen Presse" und anderer Blätter von der deutschen Eiche, ist jetzt auch das völkische Blatt in Regensburg am Sterben. Ferner ist plötzlich das Organ des „Völkischen Blocks" in Sachsen, die „Völkische Zeitung", eingegangen. Das Blättchen war seither herausgegeben von dem früheren Kapitänleutnant von Mücke, dem von seinen Parteikollegen ehrlose Gesinnung, Täuschung und eine Menge anderer Schweinereien vorgeworfen werden.

Zehnstundentag in Polnisch-Oberschlesien beibehalten

Warschau, 20. Oktober.

Der Zehnstundentag, der in der ostoberschlesischen Hüttenindustrie am 18. Juli für die Dauer von drei Monaten eingeführt wurde, wird auf Beschluß des polnischen Arbeitsministers für ein weiteres Vierteljahr beibehalten.

Auch in Oesterreich Betriebsrätekongreß gegen Produktionssabotage

(Eig. Drahtm.) **Wien**, 21. Oktober.

Zur Organisierung des Kampfes gegen die Produktionssabotage der Alpine Montan-Gesellschaft findet ein Betriebsrätekongreß in Loeben statt.

Börsenstreik. Am Montag setzten an der Berliner Wertpapierbörse die Börsenorgane plötzlich in ihrer Funktion aus. Sie streikten wegen der angeblich hohen Umsatzsteuer bei Wertpapierumsätzen. Die Spekulanten und Börsenhyänen forderten Rückkehr zu den lächerlichen Sätzen der herrlichen Inflationszeit.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-166915610192410 21-18/fragment/page=0002

Wahlaufruf der Kommunistischen Partei Englands

„Diese Wahl wird zu einem Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Klasse. Die Regierung wurde gestürzt wegen der Einstellung des Verfahrens gegen unseren Genossen Campbell, den Herausgeber des „Workers Weekly". Was war sein Verbrechen? Er forderte die englischen Soldaten und Matrosen auf, nicht auf ihre proletarischen Kollegen bei Wirtschaftskämpfen zu schießen.

Das war Loyalität gegenüber der Arbeiterklasse, aber Hochverrat gegenüber den Kapitalisten. Auch in einer anderen Angelegenheit hatten die kapitalistischen Parteien gedroht, die Regierung zu stürzen: beim Vertrag mit Sowjet-Rußland. Lloyd George und Winston Churchill opferten hundert Millionen Pfund beim Versuch der Vernichtung der russischen Arbeiterrepublik. Heute wollte die Arbeiterregierung unter dem Drucke der Arbeitermassen vorschlagen, die Hälfte dieses Betrages den russischen Arbeitern zu geben, um ihnen beim Wiederaufbau zu helfen. Auch das war Loyalität gegenüber der Arbeiterklasse, aber Hochverrat gegenüber den Kapitalisten. Die Arbeiterregierung wurde gestürzt, weil sie nicht mehr die Interessen der kapitalistischen Masse vertreten wollte. Die Arbeiterregierung kam zur Regierung im Januar 1924 im Auftrage der kapitalistischen Parteien, deren Interessen wahrzunehmen, die Arbeiterbewegung zu beruhigen und den Dawes-Plan durchzuführen. Sechs Monate lang arbeitete die Arbeiterregierung im Interesse der Kapitalisten. Sie gebrauchte die Ausrede, daß sie noch in der Minderheit sei, und tat in der Praxis dasselbe, was auch eine kapitalistische Regierung getan hätte. Sie warf Erwerbslose aus ihren Wohnungen heraus, drohte den Streikenden mit Anwendung des Ermächtigungsgesetzes, bespitzelte die Kommunisten und warf sie ins Gefängnis, sorgte für den Ausbau der Kriegs- und Luftflotte. Die Arbeiterregierung ließ die Arbeiter und Bauern in Indien, Mesopotamien, im Sudan und Gebieten niederschießen oder ins Gefängnis bringen. Bei den Verhandlungen mit Sowjet-Rußland verteidigte sie die Interessen der britischen Kapitalisten und nicht die der Arbeiter. Ihr schlimmstes Verbrechen aber war, daß sie den Dawes-Plan zur Ausführung brachte, der nur ein Mittel ist, um die deutschen Arbeiter zu einem Volk von Kulis zu machen und um deren niedrigen Lebensstandard zu benutzen, die Arbeiter von England und ganz Europa zu versklaven. Die Kapitalisten lassen nicht zu, daß die Arbeiterregierung auch nur das geringste im Interesse der Arbeiterklasse tut.

Wir müssen eine Arbeiter-Regierung haben, die für die arbeitende Klasse kämpft. Eine Arbeiter-Regierung, die die Kapitalisten bekämpfen will, muß sich darauf einstellen, die Diktatur der Arbeiterklasse zu errichten. Die Diktatur der Arbeiterklasse bedeutet, daß die Arbeiter-Regierung sich nicht auf die Unterstützung des Parlaments verlassen darf, sondern auf die Massenorganisationen der Arbeiter.

Eine wirkliche Arbeiter-Regierung muß ein proletarisches Klassenprogramm durchführen. Nur ein Klassenprogramm kann die Kapitalisten schädigen und die Arbeiter mobilisieren für den Kampf für den Sozialismus. Die Kommunistische Partei weist darauf hin, daß der Gewerkschaftskongreß in Hull dies anerkannte durch die Annahme des „Arbeiterprogramms". Aber diese Forderungen des Huller Arbeiterprogramms genügen nicht. Die Arbeiter brauchen ein Klassenprogramm, das die Kapitalistenherrschaft auf jedem Gebiet vernichtet. Solch Klassenkampfprogramm stellt die Kommunistische Partei auf. Ihre unmittelbaren Forderungen lauten:

1. **Nationalisierung der Bergwerke, Eisenbahnen, Großindustrie unter Kontrolle der Arbeiterschaft ohne jede Entschädigung. Nationalisierung des Grund und Bodens ohne jede Entschädigung.**
   Staatliche Kontrolle des Außenhandels, Nationalisierung der Banken, Kapitalsabgabe von allen Vermögen über 5000 Pfund. Einstellung der Zinszahlung an die Inhaber von Anteilen der Reichsschulden über 5000 Pfund.
   Progressivsteuer auf alle Einkommen über 250 Pfund.
2. **Einen Minimallohn von 4 Pfund die Woche, 44-Stunden-Woche, Unterstützung der Erwerbslosen durch den Staat unter Kontrolle der Gewerkschaften.**
   Beschlagnahme aller leeren und nur teilweise bewohnten Häuser.
   Kostenloser Besuch der höheren Schulen und Universitäten für alle Arbeiter.
   Aufhebung aller arbeiterfeindlichen Gesetzgebung.
3. **Ratifizierung des englisch-russischen Vertrages, Bewilligung einer Hundert-Millionen-Anleihe für Rußland, Entsendung eines Arbeitergesandten nach Moskau. Ablehnung des Dawes-Planes und des Versailler Vertrages, Annullierung aller Reparations- und Kriegsschulden, Unabhängigkeitserklärung von Irland, Indien, Aegypten, Mesopotamien, Ceylon, Burma, Sudan usw., sofortige Entfernung der englischen Truppen aus diesen Ländern.**

Die Kommunistische Partei erklärt, daß es die Aufgabe der gegenwärtigen Zeit ist, eine Arbeitermehrheit bei den Wahlen durchzubringen als Antwort auf die Herausforderung der Kapitalistenklasse. Die Kommunistische Partei weist aber warnend die Arbeiter darauf hin, daß eine Arbeitermehrheit und eine neue Arbeiter-Regierung nicht die Befreiung bringen werden, wenn sie sich nicht vorbereiten zum Kampf für das proletarische Klassenprogramm, für die Vernichtung der Kapitalistenherrschaft.

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei von Groß-Britannien."

Die englischen Sozialdemokraten gegen die deutsche Klassenjustiz

(Eig. Drahtm.) **London**, 21. Oktober.

In der Zeitung der englischen Arbeiterpartei, dem „Daily Herald", wird in einem Artikel gegen die Weiße Justiz Stellung genommen. Die englischen Sozialdemokraten weisen erstaunt und empört darauf hin, daß in Deutschland 7000 revolutionäre Arbeiter sich in den Gefängnissen befinden, daß die Aktionen der Arbeiter durch die Sicherheitspolizei und ein ausgewähltes System von Spitzeln und Agent provocateuren gehindert werden sollen. Das Blatt der Arbeiterpartei protestiert dann gegen die willkürliche Rechtsbeugung des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik.

Die englischen Sozialdemokraten scheinen nicht zu wissen, daß die Verfolgung der Revolutionäre mit Zustimmung der deutschen Sozialdemokratie auf besondere Veranlassung der Sozialdemokraten Ebert und Severing geschieht. Trotzdem müssen unsere Genossen ihren sozialdemokratischen Kollegen sagen, daß im Gegensatz zur SPD, die die Terrorurteile für gerecht hält, die englischen Sozialdemokraten unter dem Druck der Arbeitermassen gegen den Justizterror der Ebert-Republik Stellung nehmen.

Die schwedische sozialdemokratische Regierung

(WTB.) **Stockholm**, 18. Oktober.

Die neue reinsozialistische schwedische Regierung, die heute ernannt wurde, hat folgende Zusammensetzung: Ministerpräsident: Branting, Auswärtiges: Oesten-Unden, Justiz: Nothing, Wehrministerium: Hansson, Soziales: Gustav Moeller, Verkehr: Victor Larsson, Finanzen: Thorsson, Kultus: Olof Olsson, Landwirtschaft: Sven Linders, Handel: Sandler, ohne Portefeuille: Ernst Wigforß und Levinson.

Rußland fordert bedingungslose Anerkennung durch Frankreich

Moskau, 20. Oktober.

Die „Iswestija" fordert in einem Artikel nochmals die bedingungslose Anerkennung der Sowjetunion durch Frankreich und lehnt die Bildung einer internationalen Gesellschaft als Verhandlungspartner zwecks Geschäftsverbindung mit dem Außenhandelskommissariat ab, da die Sowjetunion derartige Maßnahmen als die Errichtung einer Scheidewand zwischen sich und dem ausländischen Markt und als einen erneuten Kolonisationsversuch auffasse.

Rußland besetzt die Wrangel-Insel

Wie wir vor einigen Tagen meldeten, hat die amerikanische Regierung die Wrangel-Insel, die russisches Gebiet ist, durch amerikanische Kolonisten besetzen lassen. Rußland ist die Antwort auf diese Provokation des amerikanischen Imperialismus nicht schuldig geblieben. Darüber wird gemeldet:

Neuyork, 20. Oktober.

Einer Nachricht aus Nome in Alaska zufolge hat ein bewaffnetes russisches Transportschiff die amerikanischen Kolonisten von der Wrangel-Insel vertrieben und dort die Rote Flagge gehißt.

Kommunistenprozeß in Wien

(Eig. Drahtm.) **Wien**, 21. Oktober.

Heute, Dienstag, findet der Prozeß gegen die in Wien vor drei Wochen verhafteten reichsdeutschen Genossen Ulbrich und Wurm wegen Falschmeldung statt.

Der chinesische Krieg

Die Nachrichten über die Fortführung des chinesischen Krieges nach den Erfolgen der Zentralregierung bei Schanghai widersprechen sich. Fest steht nur, daß allmählich die beiden Hauptgegner Wupeifu und Tschangtsolin in direkte Kämpfe geraten. Darüber liegen folgende Meldungen vor:

London, 20. Oktober.

Reuter meldet aus Peking: An der Schanhaikwan-Front wurde gestern den ganzen Tag erbittert gekämpft. Die Truppen Tschangtsolins griffen ununterbrochen an, wurden jedoch zurückgeschlagen. Wupeifu verstärkt seine Vertei digungsstellung bei Tschumen bei. Hier trafen Verstärkungen ein, um sich an einem neuen Vorgehen zu beteiligen, von dem man gute Erfolge erwartet.

London, 20. Oktober.

Nach Nachrichten aus China ist es in Kanton zu heftigen Kämpfen zwischen den Freiwilligen und den Truppen Sunjatsen gekommen. Anscheinend hat Sunjatsen die Oberhand gewonnen und soll seine Stellung wieder befestigt sein. Es sind aber weitere Kämpfe zu erwarten zwischen Sunjatsen und seinem Gegner Chenchungming.

Zur Lage in der Internationale

Resolution angenommen vom Zentralausschuß.

Der Zentralausschuß billigt restlos die Politik der Exekutive der Komintern seit dem 5. Weltkongreß, die darauf abzielt, die Beschlüsse des Kongresses durchzuführen und die einzelnen kommunistischen Parteien zu wirklich bolschewistischen Kampforganisationen zu machen.

Der Zentralausschuß begrüßt in den großen Erfolgen der Komintern in Schweden, wo es gelang, fast die gesamten Arbeitermitglieder der KP. dem Einfluß des Gegenrevolutionärs Höglund zu entziehen. In Skandinavien haben die kommunistischen Parteien gerade gegenüber den sogenannten Arbeiterregierungen der Branting und Stauning die Aufgabe, das verräterische Spiel der Sozialdemokraten zu entlarven und die Massen von der pazifistisch-demokratischen Illusionen zu befreien.

Der Zentralausschuß verfolgt mit besonderer Aufmerksamkeit die Vorgänge innerhalb unserer tschechoslowakischen Bruderpartei. Gerade gegenüber den Versuchen der Bourgeoisie, in der Tschechoslowakei eine faszistische Gewaltregierung aufzurichten, erklärt der Zentralausschuß seine brüderliche Solidarität mit dem kampferprobten tschechoslowakischen Proletariat. Damit jedoch die KP. der Tschechoslowakei ihre Aufgaben wirklich erfüllen kann, ist es notwendig, daß sie restlos ohne Vorbehalt die Beschlüsse des 5. Weltkongresses durchführt. Er bedauert, daß einflußreiche Führer der KPTsch. noch immer keine klare Stellung zu diesen Beschlüssen eingenommen haben. Die aktuelle Tagesaufgabe in der Tschechoslowakei besteht in der konkreten Anwendung der Weltkongreßbeschlüsse auf die außerordentlich gespannte Lage in der Tschechoslowakei, in der Sammlung der Massen zum wirklichen Kampf auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet gegen die tschechoslowakische Bourgeoisie, dieser Agentin des französischen Großkapitals. Der Zentralausschuß erwartet bestimmt, daß der kommende Parteitag der Tschechoslowakei klare, eindeutige Beschlüsse im Sinne des 5. Weltkongresses fassen und eine Führung wählen wird, die eine Garantie gegen jede opportunistische Theorie und Praxis bietet.

Der Zentralausschuß stellt fest, daß die gegenwärtige Krise des italienischen Faszismus zu einer neuen Kräftigung der italienischen Arbeiterbewegung führt. Der Einfluß unserer italienischen Bruderpartei auf die Arbeiter- und Bauernmassen des Landes ist im Wachsen begriffen. Es genügt aber in der gegenwärtigen Periode in Italien nicht, die Massen ideologisch im Sinne des Kommunismus aufzuklären, sondern die KP. muß sich in allen realen Bewegungen des Proletariats und der Bauern an die Spitze stellen und im Kampf die Voraussetzungen für den Sturz nicht nur des Faszismus, sondern der italienischen Bourgeoisie überhaupt zu schaffen. Die KP. Italiens ist unter ungeheuren Schwierigkeiten immer stärker geworden. Sie wird auch die Aufgaben, die ihr die jetzige Periode stellt, zu lösen vermögen.

Der Zentralausschuß konstatiert ferner die Fortschritte der kommunistischen Bewegung in England auf ideologischem und organisatorischem Gebiet, die wachsende Durchdringung unserer französischen Bruderpartei durch die besten proletarischen Elemente der CGTU., das erfolgreiche Bemühen unserer Balkanparteien, sich an die Spitze aller Bewegungen der unterdrückten Bauern und Nationalitäten zu stellen. Immer mehr wird die Komintern die Führerin nicht nur des europäischen Industrieproletariats, sondern auch der unterdrückten und ausgebeuteten Massen in allen überseeischen und Kolonialländern.

Der Zentralausschuß stellt fest, daß unsere russische Bruderpartei allen Feinden zum Trotz sich immer tiefer in den Massen der Arbeiter und Bauern verwurzelt, daß die ideologische Ausgleichung zwischen den alten Parteimitgliedern und dem Leninschen Aufgebot im besten Gange ist, und daß die Partei auf der Wirtschaftsfront immer neue Siege gewinnt. Mit besonderer Freude begrüßt der Zentralausschuß die schnelle Liquidation des georgischen Banditenputsches durch unsere georgische Bruderpartei.

Die Komintern wird unbeirrt den Weg weiter gehen, den der 5. Weltkongreß ihr gezeigt hat, in schärfster Abgrenzung gegenüber jedem rechten Opportunismus, aber auch gegen jedes phrasenhafte Sektierertum, das sich als „links" gebärdet.

Kleine Auslandsnachrichten

Völkerbundsverhandlungen über Mossul. Havas berichtet aus Brüssel, es sei ganz sicher, daß am 27. Oktober der Völkerbundsrat in Brüssel über den englisch-türkischen Mossul-Konflikt verhandeln werde. Die Verhandlungen würden drei oder vier Tage beanspruchen.

Vereidigung der faszistischen Miliz auf den König. Das faszistische Pressearnt teilt mit, daß die Nationalmiliz (1. und 2. Aufgebot), die am 28. Oktober dem Könige den Treueid schwören wird, ungefähr 295 000 Mann umfaßt.

Griechisch-türkischer Konflikt. Die türkische Regierung hat 1000 Griechen zwecks zwangsweiser Ausweisung aus türkischem Gebiet verhaften lassen. Daraufhin hat der griechische Vertreter energischsten Protest erhoben und droht, die Türkei zu verlassen.

Straßenkämpfe auf den Philippinen. Aus Manila, der Hauptstadt der Philippinen wird gemeldet: Fünf Filipinos wurden in einem Straßenkampfe zwischen Weißen und Farbigen getötet. Man fürchtet, daß die Wirren größeren Umfang annehmen werden.

Der Rote Stern

6

Ein utopischer Roman von **A. Bogdanow**

Aus dem Russischen übersetzt von **H. J. M.**

Erschienen im Verlag der Jugendinternationale, Berlin-Schöneberg

(Nachdruck verboten.)

Im allgemeinen bedeutete diese neue Wendung für mich keinerlei besondere Erschütterung. Der Schlaf hatte mich gekräftigt, und es war schwer, nach dem am gestrigen Abend Verlebten noch über irgend etwas in Verblüffung zu geraten. Nun galt es bloß, den Plan künftiger Tätigkeit auszuarbeiten.

Offensichtlich bestand meine Aufgabe darin, mich so schnell und so vollkommen wie möglich mit meiner neuen Umgebung vertraut zu machen. Am besten wird es wohl sein, ich befasse mich zuerst mit dem nächstliegenden, strebe dann Schritt für Schritt dem Fernerliegenden zu. Als Zunächstliegendes erschienen mir der Aetheroneff, seine Bewohner und unsere beginnende Fahrt. Der Mars war noch fern, im besten Fall würden wir ihn, Mennis Worten zufolge, in zwei Monaten erreichen.

Die äußere Form des Aetheroneffs hatte ich bereits am vorhergehenden Abend erblickt: sie war fast kugelförmig, mit abgeplatten Enden, gemahnte an das aufgestellte Ei des Kolumbus. Selbstverständlich war diese Form gewählt worden, um bei möglichst kleiner Oberfläche die größtmöglichste Ausdehnung zu erhalten, das heißt, bei dem geringsten Aufwand von Material die der Abkühlung ausgesetzte möglichst geringste Fläche. Was das Material anbelangte, so schien dieses aus Aluminium und Glas zu bestehen. Die innere Einrichtung sollte mir von Menni gezeigt und erklärt werden, auch wollte er mich mit den übrigen „Ungeheuern" bekannt machen, wie ich bei mir meine neuen Genossen nannte.

Menni kehrte zurück und führte mich zu den übrigen Marsbewohnern. Sie waren alle in dem Seitensaal versammelt, dessen ungeheures Kristallfenster die eine Hälfte der Wand einnahm. Das echte Sonnenlicht wirkte nach der phantastischen Helle der elektrischen Lampen angenehm. Es waren etwa zwanzig Marsbewohner zugegen; mich deuchte, sie hätten alle die gleichen Gesichter. Der Mangel eines Bartes oder Schnurrbartes, ja sogar das völlige Fehlen von Runzeln und Falten schien die Verschiedenheit ihres Wuchses gleichsam zu verwischen. Unwillkürlich heftete ich die Augen auf Menni, um ihn unter diesen mir fremden Kameraden nicht zu verlieren. Uebrigens gelang es mir bald, zwischen ihnen meinen nächtlichen Gast Netti zu erkennen, der sich durch seine Jugendlichkeit und Lebhaftigkeit auszeichnete, sowie den dreizackigen Riesen Sterni zu unterscheiden, der mich mit kaltem, fast unheimlichem Gesichtsausdruck betrachtete. Außer Menni sprach nur Netti Russisch. Sterni und drei oder vier andere redeten Französisch, noch andere Englisch oder Deutsch; untereinander unterhielten sie sich in einer mir völlig neuen Sprache, anscheinend ihrer Muttersprache. Diese war wohlklingend und schön, und ich bemerkte mit Vergnügen, daß die Aussprache offensichtlich keine großen Schwierigkeiten bot.

V

Die Abfahrt

Wie interessant auch immer die „Ungeheuer" sein mochten, so wurde meine Aufmerksamkeit dennoch unwillkürlich von ihnen abgelenkt und richtete sich auf den feierlichen, immer näher kommenden Augenblick der „Abfahrt". Ich starrte beharrlich auf die sich vor uns dehnende schneeige Oberfläche und nach der steil aufsteigenden Granitwand. Jeden Augenblick erwartete ich, einen starken Stoß zu verspüren, glaubte, alles werde rasch zurückbleiben, in weiter Ferne verschwimmen. Doch wurde ich in meiner Erwartung enttäuscht.

Ein geräuschlose, langsame, kaum wahrnehmbare Bewegung entfernte uns ein wenig von der Schneefläche usw. Die Geschwindigkeit veränderte sich unablässig, entwickelte sich nach dem Gesetz der arithmetischen Progression. In vier Minuten hatten wir die Schnelligkeit eines gehenden Menschen, in fünfzehn, die eines Personenzuges erreicht usw.

Wir bewegten uns dem Gesetze der Schwerkraft zufolge, doch fielen wir hinauf, und zwar um fünfhundertmal langsamer, als auf der Erde ein Körper von gewöhnlicher Schwere fällt.

Die Glasplatte des Fensters begann sich vom Feld zu erheben, bildete mit diesem einen stumpfen Winkel, analog der Kugelform des Aetheroneffs, dessen einer Teil nun sichtbar wurde. Wir vermochten, uns vorneigend, all das zu sehen, was sich gerade unter uns befand. Immer rascher sank die Erde unter uns nieder, immer weiter ward der Horizont. Die dunklen Flecken der Felsen und Dörfchen wurden kleiner, die Umrisse des Sees zeichneten sich ab wie auf einem Plan. Der Himmel aber wird immer dunkler; während ein blauer dem Meer gleichender Streifen den westlichen Horizont überzog, vermochten meine Augen trotz dem Tageslicht die heller leuchtenden großen Sterne zu unterscheiden.

Die äußerst langsame, kreisende Bewegung des Aetheroneffs um die eigene vertikale Achse gestattete uns, den ganzen Raum ringsum zu überblicken.

Es deuchte, als erhebe sich der Horizont zusammen mit uns, die Erdoberfläche erschien als ungeheure, ausgehöhlte, mit Reliefs geschmückte Schüssel. Die Konturen wurden verschwommener, die Reliefs flacher, immer mehr nahm die Landschaft den Charakter einer Landkarte an, scharf gezeichnet in der Mitte, verschwommen und unklar an den Rändern, die von halbdurchsichtigen bläulichem Nebel bedeckt waren. Der Himmel wurde immer schwärzer, und zahllose Sterne dicht gesät, funkelten ungetrübt in ihrem stillen Licht, nicht fürchtend die strahlende Sonne, deren Helle schier schmerzhaft brannte.

„Sagen Sie mir, Menni, wird sich diese Beschleunigung von zwei Zentimetern, mit der wir uns jetzt bewegen, bis ans Ende der Reise erhalten?"

„Ja", entgegnete er. „Nur daß die Richtung etwa auf halbem Wege ins Gegenteil umschlägt, wir mit jeder Sekunde die Geschwindigkeit nicht beschleunigen, sondern verzögern. So daß diese, wenn die höchste Geschwindigkeit des Aetheroneffs ungefähr fünfzig Kilometer in der Sekunde beträgt, die mittlere aber fünfundzwanzig Kilometer, im Augenblick der Ankunft abermals ebenso gering ist, wie sie im Augenblick der Abfahrt war. Dies ermöglichte uns, ohne Stoß und Erschütterungen an der Oberfläche des Mars zu landen. Ohne diese ungeheuerliche wechselnde Geschwindigkeit vermöchten wir niemals weder die Erde, noch die Venus zu erreichen, denn sogar die kürzeste Strecke beträgt sechzig bis hundert Millionen Kilometer, — bei der Geschwindigkeit, sagen wir, Ihrer Erdeisenbahnen würde eine derartige Reise ein Jahrhundert, aber nicht, wie in unserem Fall, Monate währen. Was den „Schuß mit der Kanonenkugel" anbelangt, über den ich in Eueren phantastischen Romanen las, so ist dies selbstverständlich ein bloßer Scherz, denn bei Gesetzen der Mechanik zufolge gäbe es dabei nur eine praktische Möglichkeit — entweder sich im Augenblick des Schusses im Inneren der Kanonenkugel zu befinden, oder sie im eigenen Inneren zu haben."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-166915610192410 21-18/fragment/page=0003

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg
Bureau u. Kasse: Leipzigerstraße 14, Fernruf 1473 — Postscheckkonto Leipzig 107 001
Ernst Schmidt, Bezirks-Sekretär
Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen

Ortsgruppe Halle

Oberbezirk Mitte. Öffentliche Frauenversammlung am Dienstag, dem 21. Oktober, [illegible]

Oberbezirk Ost. Versammlung am Donnerstagabend 8 Uhr im „[illegible]".

Halle-Saalkreis

Kreiskonferenz am Sonnabend, 25. Oktober, abends 8 Uhr, in der „Produktiv-Genossenschaft". Alle Ortsgruppen müssen auf dieser Konferenz unbedingt vertreten sein. Wer nicht erscheint, wird zur Rechenschaft gezogen.

Ammendorf. Außerordentliche Mitgliederversammlung Mittwoch, den 22. Oktober, abends 8 Uhr, im Gasthof Radewell.

Wettin. Öffentliche Volksversammlung Sonnabend, 25. Oktober, abends 8 Uhr, im „Kleinen Schwetzerling".

Mansfelder Seekreis

Oberröblingen. Mitgliederversammlung am Sonnabend, 25. Oktober, abends 8 Uhr, im Lokal Henze.

Eisleben. Öffentliche Volksversammlung Sonntag, 26. Oktober, nachmittags 3 Uhr.

Eisleben. Mitgliederversammlung Sonntag, 26. Oktober, nachmittags 3 Uhr, im „Goldenen Ring".

Eisleben. Mitgliederversammlung Sonntag, 26. Oktober, abends 8 Uhr, im Lokal Beinhorn.

Kreis Sangerhausen

Artern. Mitgliederversamml. Sonnabend 25. Okt., abends 8 Uhr, im Goethehaus.

Kreis Bitterfeld

Bitterfeld. Mitgliederversammlung Dienstag, 21. Oktober, abends 7½ Uhr, im „Bürgergarten".

Kreis Delitzsch

Delitzsch. Öffentliche Gewerkschaftsversammlung Dienstag, 21. Oktober, abends 7½ Uhr, im „Lindenhof".

Eilenburg. Öffentliche Gewerkschaftsversammlung Freitag, 24. Oktober, abends 8 Uhr, im „Tivoli".

Eilenburg. Mitgliederversamml. Sonnabend, 25. Okt., abends 8 Uhr, im „Tivoli".

Rehfeld. Öffentliche Gewerkschaftsversammlung Sonnabend, 25. Oktober, abends 8 Uhr, im Gasthof.

Kreis Zeitz

Crossen. Öffentliche Gewerkschaftsversammlung Mittwoch, 22. Oktober, abends 7 Uhr, in der „Goldenen Ecke".

Groden. Öffentliche Gewerkschaftsversammlung Freitag, 24. Oktober, abends 8 Uhr, im Gasthof Derbe.

Kretschen. Öffentliche Gewerkschaftsversammlung Sonnabend, 25. Oktober, abends 8 Uhr, im Lokal Förster.

Gohra. Öffentliche Gewerkschaftsversammlung Sonnabend, 25. Oktober, abends 8 Uhr, im Gasthof Wagenbreth.

Zeitz. Öffentliche Gewerkschaftsversammlung Sonntag, 26. Oktober, vormittags 9 Uhr, in der „Reichshalle".

Theißen. Öffentliche Gewerkschaftsversammlung Sonntag, 26. Oktober, nachmittags 3 Uhr, im „Kleinen Garten".

Pegau. Öffentliche Gewerkschaftsversammlung Sonntag, 26. Oktober, nachmittags 4 Uhr, im Lokal Thüer.

Kreis Wittenberg

Wittenberg-Piesteritz. Außerordentliche Mitgliederversammlung Donnerstag, den 23. Oktober, abends 8 Uhr, im Lokal Freudenberg.

Kreis Torgau

Dommitzsch. Öffentliche Gewerkschaftsversammlung Dienstag, 21. Oktober, abends 8 Uhr in der „Konzertheile".

Sitzung der Kreisleitung am Donnerstag, den 23. Oktober, abends 7 Uhr, in der „Weinschenke".

Torgau. Öffentl. Gewerkschaftsversammlung Sonnabend, 25. Oktober, abends 8 Uhr.

Beuditz. Öffentliche Gewerkschaftsversammlung Freitag, 24. Oktober, abends 8 Uhr, im „Bürgergarten".

Bückenburg. Mitgliederversammlung Sonntag, 26. Oktober, vormittags 10 Uhr, im „Deutschen Haus".

Annaburg. Öffentliche Gewerkschaftsversammlung Sonntag, 26. Oktober, nachm. 2 Uhr, im Gasthof Müller.

Versammlungen des „Roten Frontkämpfer-Bund"

Ortsgruppe Halle

Sanitärer Körper. Mittwoch abend 8 Uhr in der „Produktiv": **Sitzung.** Zu erscheinen haben der Obersanitätsrat, Werbebezirksführer, Abteilungsleiter, Gruppenführer sowie die Funktionäre des Jungsturms. In dieser Sitzung muß endgültig abgerechnet werden.

Quartiersmännersitzung Mittwoch eine Stunde vor der Sitzung in der „Produktiv".

Versprengungskommission Mittwoch eine Stunde vor der Sitzung in der „Produktiv".

Jungkameraden sowie alle Jungkameradschaftsführer Mittwoch abend pünktlich 7 Uhr in der „Produktiv": **Sitzung.**

Werbebezirk Nord. Donnerstag abend ½7 Uhr: **Ausmarsch.** Treffpunkt wird noch bekanntgegeben.

Versprengungskommission. Donnerstag abend ½7 Uhr: **Treffen zur Teilnahme an einer Werbeversammlung.**

Werbebezirk Süd. Dienstag abend 8 Uhr in Löbs Hof: **Mitgliederpflichtversamml.**

Werbebezirk West. Dienstag abend 8 Uhr in der „Produktiv": **Funktionärsitzung.** Zu im Umlauf befindlichen Mitgliedskarten sind unbedingt mitzubringen.

Sanitätsabteilung. Dienstag abend 7 Uhr in der „Produktiv": **Zusammenkunft.** Alle Mitglieder, welche im Sanitätswesen Ausbildung genossen haben, müssen unbedingt erscheinen.

Kameradschaftsverein. Mittwoch abd. 7 Uhr in d. „Produktiv": **Kurze Besprechung.**

Halle. Sämtliche Spielleute pünktlich Dienstag abend 7 Uhr in der „Produktiv": **Übungsstunde.**

Kreis Merseburg

Mücheln. Donnerstag, 23. Oktober, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus-Gebäude: **Außerordentliche Mitgliederversammlung.**

Kreis Bitterfeld

Bitterfeld. Donnerstag, 23. Oktober: **Wichtige Mitgliederversammlung.**

Kreis Weißenfels

Weißenfels. Mittwoch, 22. Oktober, abends 8 Uhr, im „Tivoli": **Mitgliederversamml.**

Kreis Wittenberg

Piesteritz. Donnerstag, 23. Oktober, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus-Gebäude: **Außerordentliche Mitgliederversammlung.**

Kreisvorstand KPD.

*62

Stadt-Theater
Mittwoch 7½ Uhr
„Ein Sommernachtstraum" Sch.
Donnerstag 7½ U.
Die neugierigen Frauen
mit den Damen: Awissus, Böhmer, Kolb, Voß-Andree, den Herren: Anderten, Böhmer, Grimm, Kalhammer, Kerzmann, Rösler, Timäus

Druck
sachen aller Art, für Private u. Vereine, Organisationen usw. liefert schnellstens in ein- u. mehrfarbiger Ausführung zu zeitgemäßen Preisen die Abt. Buch- u. Kunstdruckerei der Prod.-Genossenschaft e. G. m. b. H., Halle a. S., Lerchenfeldstraße 14, Fernruf 1045, 1047. 2251. Verlangen Sie Preis-Offerten oder den Besuch unserer Vertreter.

Nur noch heute und morgen!

Mit erläuterndem Vortrag des Fremdenlegionärs Max Schulze:
Fremdenlegionär Kirsch
Sensationelle Abenteuer eines Deutschen in der französischen Fremdenlegion
2 Teile — 10 Akte
zusammen in einem Spielplan
Die Hauptrolle verkörpert 3091
Max Kirsch persönlich!
C.-T. Gr. Ulrichstraße 51

VORTRAGS- UND KUNSTABENDE
veranstaltet vom Verlag „DAS WORT,,

ERSTER ABEND
Freitag, den 24. Oktober, abends 8 Uhr, im „Volkspark"
UNSER WISSEN VOM MARS
Vortrag mit Filmen sowie über 100 beweglichen und farbigen Lichtbildern
gehalten von
DR. ARCHENHOLD
Direktor der Sternwarte Berlin-Treptow
Der greise Gelehrte, seit einem Menschenalter im Dienste der Wissenschaft zur Erforschung der Planeten, im Dienste der Verbreitung dieser Wissenschaft unter den werktätigen Massen stehend, ist eben von einer Studienreise nach italienischen Sternwarten zurückgekehrt, die besonders eingerichtet waren auf die Beobachtung der interessanten Bewegungen des Mars
Die Einlaßkarten zu 0,50 und 1,00 Mk. (numerierte Plätze) sind im Vorverkauf zu haben in den Verkaufsstellen des Allgemeinen Konsumvereins, in den Volksbuchhandlungen Lerchenfeldstraße u. Harz, im „Volkspark", im Restaurant Produktiv-Genossenschaft u. Flugplatzkasino (M. Weber), im Friseurgeschäft R. Kutzschbauch (Gr. Klausstraße), wie in der Musikalienhandlung H. Hothan (Gr. Ulrichstraße 38)

Lichtspiel-Theater Wittenberg
Das sehr spannende Programm für Dienstag bis Donnerstag:
Droschke Nr. 13
3011 Gute Groteske in 2 Akten.
Der Letzte vom Bärenhof
Sehr spannendes Hochgebirgsdrama in 5 Doppelakten aus dem Berchtesgadener Land. Tanzschule von **Francis Metz.**

Größte Auswahl billigste Preise
Fertige Betten, Bettfedern, Inletts, Steppdecken ∴ und Reformbbetten ∴
Zahlungserleichterungen
Bruno Paris
jetzt Brüderstraße 3
1 Minute vom Markt

Neu eröffnet!
Schuhmacherei
Maßarbeit und Reparaturwerkstatt
Billigste und saubere Ausführung durch
Otto Wevers
Piesteritz [309
Coswiger Straße 22, Ecke Strengstraße

Weicher Schneider
kann wöchentlich einige **Hosen** resp. **Westen** für Meister auf dem Lande **anfertigen?** Angebote mit Preisangabe unter *763 an die Expedition des „Klassenkampf", Lerchenfeldstraße.

Teilzahlung kleine Raten
Aluminium-Ware billige Kochtöpfe und Eßgeschirre, Geschenkartikel, **Schokolade u. Bonbons**
Schiele, Kapellengasse 3 [306
Postkarte genügt, auch nach außerhalb.

Modezeitungen empfehlen die Volksbuchhandlung.

Arbeitsamt Eisleben
Petristraße 9. 252 Tel. 131.
Gewerbliche Abteilung, a) Arbeitsuchende: Bäcker, Fleischer, Bauarbeiter, Schmiede, Schlosser, Elektriker, Tischler, Dreher, Berg-, Hütten-, Platz- und Tagebauarbeiter, Laufburschen, Handlungsgehilfen, Bureaugehilfen, Buchbinder, Medizinalpraktikanten, Chemiker **b) Offene Stellen: — Abteilung für Landwirtschaft: a) Arbeitsuchende:** Geschirrführer, Gutshandwerker, Schafscherer, Aufseher **b) Offene Stellen:** Frauen und Mädchen zur Kartoffelernte sofort. **Berufsamt: Offene Lehrstellen für sofort:** Bäcker, Klempner, Feilenhauer **Weibl. Abteilung a) Arbeitsuchende:** Aufwartungen, Dienstmädchen, Kindergärtnerin, Kontorpersonal, Kochlehrfräulein, Lehrfräulein für Geschäft, Schulanfängerinnen, Gehilfin f. Damenschneiderei, Wirtschaftsfräulein, 25 J., tüchtig und erfahren im Haushalt. **b) Offene Stellen:** Aufwartungen, Dienstmädchen, Hausmädchen für Güter, Nähterinnen, Stallmädchen, Stubenmädchen f. Privat, erfahren im Nähen und Plätten, gebildete Wirtschafterin oder Mamsell für frauenlosen Gutshaushalt.

Von der Reise zurück
Dr. Zorn
Wilhelmstr. 16 [3089

Familien-Nachrichten

Allen denen, die unserem lieben Entschlafenen
Willi Pönicke
das letzte Geleit gaben, unseren herzlichsten Dank.
Besonders Dank gebührt der KPD., Ortsgruppe Bitterfeld, der Gemeinschaft prol. Freidenker und dem Arbeitergesangverein Vorwärts.
Die trostreichen Worte der Gen. Borrmann und Taube werden wir nie vergessen *763
Bitterfeld, den 21. Oktober
Die trauernden Hinterbliebenen

Bezirks-Konsumverein Weißenfels-Naumburg
e. G. m. b. H. [1069
Mittwoch, den 29. Oktober, abends 7½ Uhr, im „Volkshaus" zu Weißenfels:
Ordentliche Generalversammlung
Tagesordnung:
1. Geschäftsbericht
2. Bericht des Aufsichtsrates
3. Vorlage und Genehmigung der Bilanz
4. Beschlußfassung über d. Verteilung d. Erübrigung
5. Wahl des Vorstandes
6. Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern und der erforderlichen Ersatzmänner. (Es scheiden aus die Genossen Binder, Bach u. Genossin Ronneberger)
7. Anträge der Verwaltung
8. Anträge der Mitglieder

Der Vorsitzende des Aufsichtsrates:
W. Pfordte

Aushändigung der Stimmkarte erfolgt nur gegen die neue rote Legitimationskarte. Die Frauen der Mitglieder sind eingeladen

Besuchstaschen sehr billig
Ia. Leder, billigst nur
Schmeerstr. 19, Lederwaren-Spezial-Geschäft.

Sternwolle
1/5 **95** Pfg.
Lipper, *740
Gr. Steinstr. 35
Magdeburg, Str. 25 am Wasserturm

Weißenfels 101
Am Saalestrand
Heute
Schlachtefest
Emil Zlig.

Sie müssen doch
mit den Massen der Konsumenten in steter Verbindung sein, wenn Sie einen schnellen und hohen Umsatz erzielen wollen. Die große Masse der Käufer rekrutiert sich aus der Arbeiterschaft, den Angestellten und Beamten. Die kommunistische Presse ist in diesen Kreisen die führende. Benutzen Sie diese Gelegenheit zum
Inserieren!

Zeitungsträger
für **Holleben** sofort gesucht. Zu melden im Verlag Klassenkampf.

Zeitungsträger
für **Röglitz** sofort gesucht. Zu melden bei **Otto Fritzsche.**

Zeitungsträger
für **Groß-Crostitz** (Kr. Delitzsch) für sofort gesucht. Zu melden bei **Emil Siegmann.**

Zeitungsträger (in)
für **Reideburg** zum 1. November **gesucht.** Meldungen an den Verlag **„Klassenkampf", Halle.**

Zentralbibliothek Halle, Burgstraße 27
(Volkspark) ca. 5000 Bände
Geöffnet Dienstag und Donnerstag, abends 6 bis 8 Uhr.
Bücherverzeichnisse zu haben in der Volksbuchhandl., Harz 42/44

Die zehn Gebote
Der Welt größter Film

Zeitungsträger
i. **Augsdorf** (Mansf. Seekr.) **gesucht.** Meldungen bei
Ernst Härtel.

Bekanntmachung
Herr Amts- u. Landgerichtsrat Rückert ist zum 2. stellvertretenden Vorsitzenden des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts gewählt und als solcher verpflichtet worden.
Eisleben, den 20. Oktober 1924
Der Magistrat. 251

Die zehn Gebote
Der Welt größter Film
3092

Die Forderungen der hallischen Arbeiterschaft vor dem Stadtparlament

KPD.-Antrag für Achtstundentag angenommen — Die SPD. für die Abbauverordnung, gegen fünfzigprozentige Lohnerhöhung

Die gestrige Stadtverordnetensitzung zeigte wieder ihr altes Bild. Man hat sich allmählich wieder an die unangenehme Anwesenheit der Kommunisten gewöhnt. Diese lassen sich durch nichts beirren: Rücksichtslos nageln sie die Scharfereien fest, die die vereinigten Sozialdemokraten und Bürgerblockler bei jedem Punkt der Tagesordnung begehen. So kam denn auch gestern manches zum Vorschein: Die SPD. ist für die Abbauverordnungen, gegen angemessene Lohnerhöhungen. Auch von Herrn Stadtrat Dryander konnte man sehr nette Sachen zu hören bekommen.

Die meisten grundlegenden Anträge der KPD.-Fraktion werden, wie stets, niedergestimmt.

Und als dann die Herren vom Bürgerblock nach dieser Anstrengung von wenigen Stunden den Antrag auf Schluß der Sitzung stellen, da sie doch noch nicht Abendbrot gegessen hatten und ihre Frau wartete, und dieser Antrag schließlich durch einen Vergleich angenommen wurde, da war niemand früher als die Mitglieder des Bürgerblocks. Denn: „Nach getaner Arbeit (d. h. Ablehnung der kommunistischen Anträge) ist's gut ruhen."

*

Sitzungsbericht

Um der Severing-Maulkorb-Verfügung gegen die Kommunisten zu genügen, wurden zu Beginn der Sitzung die kommunistischen Stadtverordneten durch Handschlag verpflichtet, ihre Pflicht als Stadtverordnete voll und ganz zu erfüllen.

Sodann wurden den Stadtverordneten verschiedene Gesuche und Zuschriften zur Kenntnis gebracht. Es liegen u. a. vor: 1. Ein Gesuch des Bundes der Freunde der JHJ., Räumlichkeiten zur Errichtung eines Kinderheimes zur Verfügung zu stellen; 2. Gesuch des Badeanstaltspächters Herold zwecks Verlängerung des Pachtvertrages; 3. Eine Zuschrift des Zentralverbandes der Steinmetze zu verlesen, hielt Herr Busse, der deutschnationale Stadtverordnetenvorsteher, nicht für nötig. Er erklärte vielmehr, er sehe „keinen Grund zur Behandlung", und legte die Zuschrift auf den Tisch des Hauses nieder, damit die „Herren Stadtverordneten davon — Kenntnis nehmen könnten". 4. Eine Zuschrift betreffs besserer Beleuchtung verschiedener Stadtteile hielt Herr Busse nicht für dringend und verschob ihre Behandlung auf die nächste Sitzung.

Darauf begann das eigentliche Theater.

In Punkt 1: Abänderung der Geschäftsordnung macht Hoë im Namen des Magistrats verschiedene „Abänderungs"-anträge, die faktisch auf dieselbe Maulkorbverordnung hinauslaufen und keine Aenderung bedeuten.

Einer unserer Genossen nagelt diese Tatsache fest. Er führt aus, die „Abänderung" solle nur die tatsächliche Rechtlosigkeit und die brutale Willkür gegen die Kommunisten verschleiern. Die Geschäftsordnung verstoße in ihren Grundzügen gegen das Gesetz vom 18. Juli 1919. So werden die Vertreter dieser Geschäftsordnung als elende Rechtsverdreher selbst des „Rechts" des bürgerlichen „Rechts"-Staates entlarvt. Als unser Genosse die Verfasser der Geschäftsordnung „elende Pfuscher" nennt, wird dieser Ausdruck vom Vorsitzenden Busse als „unzulässig" zurückgewiesen. Die kommunistische Fraktion stellt den Antrag, die Geschäftsordnung an den Rechts- und Verfassungsausschuß zur völligen Neubearbeitung zurückzuverweisen. Der Antrag wird vom einigen Bürgerblock abgelehnt und die „Aenderung" der Geschäftsordnung angenommen.

Punkt 2, Erwerb eines Grundstücks, wird vertagt. Zu Punkt 2a, Verkauf einer Baustelle, erklären sich die

Kommunisten gegen den Verkauf von Kommunaleigentum.

Als es sicher ist, daß die Baustelle verkauft wird, stellen die Kommunisten den Antrag, den Schleuderpreis von 15 Mk. pro Quadratmeter zum wenigsten auf 25 Mk. zu erhöhen. De mwird auch stattgegeben, nachdem alle Bürgerlichen für den Verkauf gestimmt hatten.

Der Punkt 3 der Tagesordnung betraf die Neuerrichtung einer Krippe. Nach der Magistratsvorlage würden etwa 15 Kinder in die Krippe aufgenommen werden. Ein Bürgerblockler begründet die Vorlage als „soziale Maßnahme". Werden doch insgesamt — sechs junge Mütter mit Kind aufgenommen werden! Genossin Hermann begrüßt die Vorlage, bemängelt aber, daß nur sechs Mütter mit Kindern aufgenommen würden. Sie beantragt, die Vorlage beträchtlich zu erweitern. Unserm Antrag schließt sich auch die SPD. an. — Die Magistratsvorlage wird angenommen.

Beim vierten Punkt entspann sich eine lange Debatte. Es handelte sich um die Anschaffung von vier Buchungsmaschinen für die Steuerkasse. Die Maschinen sollen sich nötig gemacht haben infolge des Personalabbaus, der etwa ein Drittel des gesamten Personals betrifft.

Genosse Freund lehnt im Namen der kommunistischen Fraktion den Magistratsantrag ab. Wenn auf Grund der Personalabbauverordnung bisher von 60 Angestellten 19 entlassen wurden, so werden bei einer Anschaffung von vier Buchungsmaschinen noch mehr Angestellte abgebaut werden, trotz aller gegenteiligen Versicherungen des Magistrats. Die Summe von 47 630 Mk., die für die Maschinen ausgegeben würde, solle besser für die Erwerbslosen und Kriegsbeschädigten verwandt werden.

Ein Stadtrat versucht, die Verringerung der Ausgaben für den Verwaltungsapparat auf Kosten der Arbeiter und Angestellten zu begründen und den Kommunisten vorzuwerfen, sie seien gegen die Maschinen!

Denselben Mist verzapft Dürrfeld von der SPD.

Er entpuppte sich dabei als ein grundsätzlicher Freund der Abbauverordnungen.

Genosse Günther wies die bürgerlich-sozialdemokratischen Verdrehungskünstler gebührend zurecht. Wir sind ja die Anschaffung der vier Buchungsmaschinen, da in diesem Falle der Abbau weiter durchgeführt würde.

Die Magistratsvorlage wurde mit den Stimmen des Bürgertums und der SPD., die

sich damit noch einmal ausdrücklich für den Abbau erklärte,

gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen.

Weiter wird die Errichtung von 30 Wohnungen für kommunale Arbeitnehmer beschlossen.

Der Antrag der Schuhmacherzwangsinnung betr. Einstellung des Schuhmacher-Regiebetriebes wurde als 6. Punkt behandelt.

Gegen die Einstellung spricht sogar ein Stadtrat, der die niedrigen Sätze der Erwerbslosen zuzugeben sich gezwungen sah und gegen die Abschaffung der Werkstatt die zu 60 Prozent des Preises der Schuhmachermeister für Erwerbslose Schuhreparaturen erledigt, sprechen mußte.

Ausführlich begründete Genosse Kutzschbauch die Stellung der Kommunisten gegen die Einstellung der Werkstatt. Die Aufhebung wird insbesondere deswegen ein Ding der Unmöglichkeit sein, weil wir im kommenden Winter eine Arbeitslosigkeit haben werden, wie wir sie noch nicht gesehen haben.

Trotz alledem versucht der Vertreter der Vorlage, Stadtverordneter Minner, weiter, für die Einstellung der Werkstatt zu sprechen. Gegen wenige Stimmen wird das Gesuch abgelehnt. Minner und seine paar Getreuen sind ins Wasser gefallen.

Eine schwungvolle Rede hielt zum Punkt Aufwertung von Stadtanleihen und Sparguthaben pp. Rechtsanwalt Dr. Hirsch. Zum ersten Male konnte man bei ihm ein „menschenfreundliches Herz" entdecken. Seine Rede bestand nur aus Worten, wie: „Arme Waisen" usw. Den armen Sparern müßte man Zinsen zahlen. Denn sonst „wird dem prachtvollen deutschen Volke die Freude am Sparen genommen". Er stellt fest, daß heute keiner mehr — spart, und behauptet, daß das deutsche Volk auch bei so niedrigen Löhnen sparen müsse. Man solle lieber eine Ferienreise nicht machen. — Als ob die Arbeiter, Angestellten und kleinen Beamten heute überhaupt Ferienreisen machen könnten!

Genosse Illgenstein stellte in längeren Ausführungen fest, daß der bürgerliche Staat, d. h. die besitzende Klasse, die kleinen Sparer geprellt habe. Er nagelt weiter die unerhörte Auswucherung der breiten Volksmassen durch Hungersätze, durch Verschiebung von Kapital ins Ausland und durch Steuerfesten fest. Ein bürgerlicher Staat kann den armen Sparern nicht das, was er ihnen genommen, wiedergeben.

Schließlich wird die Vorlage Dr. Hirsch's dem Haushaltungsausschuß zur Prüfung überwiesen.

Als nächster Tagesordnungspunkt wurde ein Dringlichkeitsantrag der SPD. behandelt, der eine Erhöhung der Löhne der städtischen Arbeiter einschließlich des Straßenbahnpersonals vorsieht. Weiter besagt der Antrag: „Sollte der Arbeitgeberverband diesem (der Lohnerhöhung. D. Red.) Schwierigkeiten bereiten, so wird der Magistrat ersucht, seine Verbindungen mit dem Mitteldeutschen Arbeitgeberverband zu lösen."

Schaumburg (SPD.) begründet den Antrag mit der elenden Lage der städtischen Arbeiter. Infolge der ewigen Verschleppungen der Verhandlungen werden die städtischen Arbeiter zum Streik getrieben.

Gegen die Lohnerhöhung glaubt Stadtrat Dryander (ehemaliger Regierungsrat) sprechen zu müssen. Empört ruft er aus:

„Glauben Sie etwa, daß heute ein Regierungsrat mit seinem Gehalt zufrieden ist?"

Und weiter:

„Sehen Sie sich die Straßenbahner an. Sie sehen nicht so verhungert aus."

Das ist denn selbst dem Demokraten Minner zu viel. Er nimmt gegen Dryander für eine Lohnerhöhung Stellung, da er „die gegenwärtigen Löhne nicht für ausreichend" hält. Er billigt großmütig, wie er nun einmal ist, den vom Schiedsgericht gefällten Spruch betr. Erhöhung um ganze 4 Pf.

Genosse Richter spricht für unsere Fraktion. Er geißelt mit scharfen Worten die Lage der städtischen Arbeiter.

Von 1800 Arbeitern erhalten nahezu 1000 Familienväter weniger als 20 Mark Lohn pro Woche!

Wie sich das mit den immer mehr ansteigenden Preisen verträgt, ist ein Rätsel, das ausschließlich der mit diesem hohen Gehalt unzufriedene Herr Stadtrat Dryander zu lösen vermag.

Ganz besonders niedrige Gehälter bekommen die Straßenbahner. Dies und nur dies ist der wahre Grund dafür, daß bereits in fünf Fällen Unterschlagungen durch Straßenbahner festgestellt werden mußten.

Stadtrat Dryander sagt: „Die Straßenbahner sehen gut aus." O nein, Herr Dryander, die Straßenbahner haben keine rosigen Backen.

In Anbetracht dieser Lage der Straßenbahner sind die

Forderungen der SPD. geradezu minimal.

Mit einer solchen Lohnerhöhung können die Straßenbahner nicht ihre allernotwendigsten Bedürfnisse befriedigen.

Daher stellt die Fraktion der KPD. den Antrag, die Gehälter der städtischen Arbeiter um 50 Prozent zu erhöhen.

Nach diesen Ausführungen versuchte der mit seinem früheren Gehalt (als er noch Regierungsrat war) unzufriedene Herr Dryander verschiedene Rechenexempel aufzuführen, die beweisen sollten,

daß eine Erhöhung der Löhne und Gehälter nicht nötig sei.

Im zweiten Teil des SPD.-Antrages ruft ein Stadtrat den Antragstellern ins Gedächtnis zurück,

daß ja gerade sie, die Sozialdemokraten, es gewesen seien, die die Verbindung des Magistrats mit dem Arbeitgeberverband angerot hätten. Daher sollten sie nicht die Arbeitsgemeinschaft zerstören.

Genosse Kutzschbauch spricht zum Punkt Lohnerhöhung und erwähnt dabei, daß

Herr Dryander nur Landdirektor geworden sei, weil ihm das Gehalt eines Regierungsrates (6000 Mark) nicht genügt habe. Dr. bestätigt das durch den mehrmaligen Zuruf: „Sehr richtig!"

Weiter spricht für unsere Fraktion Genosse Härtel: Die Lohnverhältnisse vor allem in Halle sind skandalös. Daß die Arbeiter in ihrer furchtbaren Notlage diese Verhältnisse noch so lange ruhig und ohne Mucken ertragen haben, ist kaum zu verstehen. Aber die Herren Verhandlungs-Verschleppungs-Künstler werden noch ihr blaues Wunder erleben. Die Arbeiterschaft wird jetzt endlich die Geduld verlieren. Wenn schon heute 95 Prozent der Straßenbahner für den Streik sind, so ist das nur bezeichnend für die furchtbare Erbitterung der städtischen Arbeiter. Verlängerte Arbeitszeit, steigende Preise, niedrige Hungerlöhne werden die ausgemergelten städtischen Arbeiter zum letzten treiben. — Was das Verhältnis zum Arbeitgeberverband anbetrifft, sind gerade die SPD.-Leute es, die diese Arbeitsgemeinschaft auch in Halle geschaffen haben. Wir als Kommunisten haben schon seit Bestehen des Verbandes den Konflikt vorausgesagt. Dieser Konflikt ist jetzt eingetreten.

Bessere Löhne kann man nicht durch Verhandlungen, sondern nur durch einen entschieden und geschlossen durchgeführten Kampf erringen.

Bei der Abstimmung ergibt sich folgendes:

a) Für die Lohnerhöhung stimmen alle Stadtverordnete mit Ausnahme der deutschnationalen Hausbesitzer.

b) Für die Lösung der Arbeitsgemeinschaft stimmt allein die KPD., dagegen alle Bürgerlichen.

Die SPD. weiß nicht, was sie tun soll. Sie will aus der Arbeitsgemeinschaft austreten und auch darinbleiben. Sie will's weder mit der Bourgeoisie, noch dem Proletariat verderben. „Unbeständig schwankt ihr Charakterbild in der Geschichte."

Ein Antrag auf Aufhebung des Nachtzuschlages bei der Straßenbahn wird gegen die Stimmen der KPD. und SPD. von allen bürgerlichen Parteien abgelehnt. Jedoch wird beschlossen, auf Wochen- und Monatskarten keinen Zuschlag zu erheben.

Darauf wurde über einen Dringlichkeitsantrag der Fraktion der KPD., der bereits am 2. Juni d. J. gestellt und mehr als vier Monate hinausgezögert wurde, jetzt endlich verhandelt.

Der Antrag lautet

Dringlichkeitsantrag der Fraktion der KPD.

1. In den städtischen Betrieben und Dienststellen ist unverzüglich die achtstündige Arbeitszeit wieder einzuführen.

2. Zum Ausgleich von Lohn und Gehalt werden die Stundenlöhne der Arbeiter sowie die Bezüge der Angestellten und Beamten bis einschließlich Gruppe 8 um 50 Prozent erhöht.

3. Sollte für die Durchführung der Maßnahmen zu 1. und 2. die Mitgliedschaft der Stadt Halle im Kommunen-Verband ein Hindernis sein, ist der Austritt aus dem Kommunen-Verband sofort zu vollziehen.

Halle, den 2. Juni 1924.

Genosse Härtel begründet den Antrag.

Der Bürgermeister versucht zu beweisen, daß die Ueberschreitung der Arbeitszeit nur auf Grund „tariflicher Vereinbarung beider Teile" vor sich gegangen sei. Der Zuruf aus der Kommunistischen Fraktion: „Feuerwehr", belehrte ihn eines Besseren.

Die SPD.-Fraktion glaubte durch noch ein Ruhmesblatt mehr in ihre Parteigeschichte heften zu müssen, daß sie gegen die 50prozentige Lohnerhöhung auftrat.

Sie faselte etwas von „Vertragstreue" und „Streitigkeiten aus dem Wege schaffen".

Bei der Abstimmung über den kommunistischen Antrag wurde folgendes Ergebnis erzielt:

Zu 1.: **In den städtischen Betrieben ist der Achtstundentag wieder einzuführen.**

Zu 2.: Für den Antrag stimmten nur die Kommunisten. Die Sozialdemokraten und Bürgerlichen sind demnach gegen eine Lohnerhöhung für die Arbeiter, Angestellten und Beamten bis einschließlich Gruppe 8 um 50 Prozent.

Darauf wurde von einem bürgerlichen Stadtvater, der noch kein Abendbrot gegessen, beantragt, die Sitzung zu schließen.

Die Kommunisten stimmten dem Antrag unter der Bedingung zu, daß am nächsten Montag eine außerordentliche Stadtverordnetensitzung stattfinden wird, in der die noch zur Behandlung stehenden, sowie etwa hinzukommenden Punkte besprochen werden.

Ein dahingehender Beschluß wird gefaßt.

Die nächste Sitzung findet am Montag, dem 27. Oktober, statt.

Junge Arbeiter und Arbeiterinnen!

Heraus zur

öffentlichen Jugendversammlung

am Donnerstag, dem 23. Okt., abends 8 Uhr, im „Volkspark".

Protestiert in Massen geg. das Polizei-Spitzeltum der SAJ.-Führer! Kämpft für die wirtschaftlichen Forderungen der arbeitenden Jugend!

KJD., Ortsgruppe Halle.

Halle und Saalkreis

An alle kommunistischen Metallarbeiter von Halle und Umgegend!

Die Fraktionssitzung vom 17. Oktober war einmütig von der Notwendigkeit überzeugt, die Ortsverwaltung in ihrem Kampfe um die Erhaltung der hallischen Organisation mit allen Kräften zu unterstützen. Es darf aber nicht bei allgemeinen Sympathie-Erklärungen bleiben. Folgende Voraussetzungen müssen erfüllt werden, wenn wir unser Ziel erreichen wollen:

Mitglieder der KPD., die in den Metallbetrieben arbeiten und noch nicht freigewerkschaftlich organisiert sind, müssen sich jetzt sofort dem DMV. anschließen bzw. übertreten. In den Betrieben muß nunmehr eine planmäßige Agitation für die Zusammenfassung aller Metallarbeiter in den DMV. unter Leitung unserer Genossen einsetzen. Entsprechende Anträge sind in den Belegschaftsversammlungen von unseren Genossen zu begründen.

Unter keinen Umständen dürfen unsere Genossen Funktionärposten für den DMV. ablehnen, sei es als Betriebsräte, Vertrauensleute für den Betrieb und Kassierer.

Die Fraktionssitzungen müssen in Zukunft von allen kommunistischen Metallarbeitern besucht werden. Dasselbe trifft für die Funktionär- und Mitgliederversammlungen zu, die von der Ortsverwaltung einberufen werden.

Genossen! Unter schweren Opfern haben wir die Organisation am Orte zusammengehalten trotz der Sabotage, die von seiten der Tümmel, Rößler usw. verübt wurde.

Jetzt müssen wir dafür sorgen, daß unsere lange Arbeit nicht vergeblich gewesen ist. Denkt daran, daß wir ohne starke kampffähige Gewerkschaften den Kampf gegen das Sachverständigengutachten nicht durchführen können. **Der Fraktionsvorstand des DMV.**

Nach der Konsumwahl

Das „Volksblatt" hatte gestern seinen Lesern gegenüber einen schweren Stand. Alle Kniffe der Demagogie mußten in Bewegung gesetzt und angewendet werden, um den „Volksblatt"-Lesern die sozialdemokratische Niederlage bei den Vertreterwahlen zum Konsumverein „begreiflich" zu machen. Das ganze Geschreibsel mutet etwas komisch an. So kann es uns nichts anderes als ein mitleidiges Lächeln entlocken.

„Ein kommunistischer Pyrrhussieg" überschreibt das edle „Volksblatt" den Artikel, indem es seine eigene Niederlage mitteilt. Warum es allerdings ausgerechnet ein Pyrrhussieg für die Kommunisten sein soll, sagt Kasperle Kasperl der Große nicht.

Schließlich gesteht er gnädigst zu: „Auch sie (die Kommunisten. Die Red.) haben an dem Stimmenzuwachs prozentual teilgenommen." Ach, Kasperle, für wie dumm hältst Du denn Deine Leser, daß Du ausdrücklich schreibst: „Auch sie haben . . . teilgenommen."

Das soll doch zweifellos bedeuten: „Auch die Kommunisten haben einen kleinen prozentualen Stimmenzuwachs. Aber wir, die Sozialdemokraten, glänzen einfach!"

Das wagt das „Volksblatt" seinen Lesern vorzusetzen angesichts folgender Zahlen, die es im selben Artikel veröffentlicht:

	KPD.	Genossensch. Aufbau
1924	1925 Stimmen	633 Stimmen
1923	1587 Stimmen	569 Stimmen

Das bedeutet einen „prozentualen Stimmenzuwachs" von rund 21 Prozent für die Kommunisten und von ganzen 11 Prozent für den „Genossenschaftlichen Aufbau".

Man sieht also: Wir Kommunisten haben auch (so nebenbei natürlich nur) an dem „prozentualen Stimmenzuwachs teilgenommen". Wir müssen sagen, daß wir über eine solche Auch-Anteilnahme an „prozentualem Stimmenzuwachs" sehr zufrieden sind.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-166915610192410 21-18/fragment/page=0005

Das „Volksblatt" hat eine fürchterliche Wut über den Ausgang der Wahlen im Leibe, obwohl es natürlich diese Wut nach Möglichkeit zu verhehlen sucht. Das gelingt nur zu schlecht.

„Blättchen" versucht jetzt darauf hinzuarbeiten, daß die Wahlen für ungültig erklärt werden. Sollte es weiter an dieser in seiner gestrigen Nummer angedeuteten Richtung festhalten, so werden auch wir unsere Mienen springen lassen, daß Herrn Kasparek Hören und Sehen vergeht.

Was ist „Blättchen"?

Ein bürgerlich-demokratisch-nationalliberales Blatt!

Beweis: In seiner gestrigen Nummer bringt es unter der Ueberschrift „Willenskundgebung" eine Resolution der Vertrauensleute der Deutschen Demokratischen Partei des Wahlkreises Potsdam II zur Regierungsbildung ohne jeden Kommentar.

Die „armen" Arbeitgeber

Keine Lohnerhöhung für Angestellte.

Die anhaltischen Angestelltenverbände beantragten eine Erhöhung der tariflichen Gehaltssätze um 20 Prozent ab 1. Oktober d. J. Der Arbeitgeberverband lehnte die Gehaltserhöhung mit der Begründung ab, daß die „bedrohlichen und drückenden wirtschaftlichen Verhältnisse, in denen sich die Mitglieder des Arbeitgeberverbandes befinden, eine Erhöhung der derzeitigen finanziellen Belastungen keinesfalls zulassen".

*

Wir schlagen den Arbeitern und Angestellten vor, für die in „bedrohlichen und drückenden wirtschaftlichen Verhältnissen" sich befindlichen Arbeitgeber eine Sammlung zu veranstalten. Jeder, der noch einen Funken Nächstenliebe im Leibe hat, gebe schnell und reichlich!

Wo bleibt das Gesundheitsamt?

Uns wurde das Frühstück eines Kranken aus der Privat-Klinik, Magdeburger Straße 38, überreicht. Das Kranken-„Frühstück" besteht aus: a) einem großen Kanten, b) einer dicken Stulle, beides dunkles Brot und mit sehr wenig Birnenmarmelade bestrichen.

Der Kranke, ein Junge von 14 Jahren, wurde von der Saalkreiskrankenkasse an die genannte Privatklinik verwiesen, wo er am Auge operiert wurde. Seine Eltern wohnen in Bennewitz bei Gröbers. Die Mutter war auf Grund der schlechten Beköstigung genötigt, dem Jungen selbst den Hunger zu stillen.

*

Es ist geradezu ein Skandal, wie Kranke hier in einer Privatklinik behandelt werden. Allerdings wird der Junge „nur" ein Prolet sein. Also kommt's auf ihn nicht so genau an. Was gedenken die verantwortlichen Stellen in diesem Falle zu unternehmen? Was gedenkt insbesondere das Gesundheitsamt in Halle zu tun? Wird es endlich einmal gegen diese haarsträubenden Zustände einschreiten? Oder möchte es gewissen verantwortlichen Leuten nicht zu nahetreten?

Wie dem auch sei, der Skandal aus der Magdeburger Straße 38 muß behoben werden. Das Kranken-„Frühstück", welches noch nicht einmal ein gesunder Mensch zu essen vermag, kann jedenfalls bei uns eingesehen werden. Vielleicht steckt das Gesundheitsamt seine Nase auch einmal in ein solches Frühstück?

* **Gesunden.** Meisingschloß **Ludwig-Wucherer-Straße gesunden. Abzuholen: Verlag „Klassenkampf", Lerchenfeldstraße 14.**

* **Hallischer Kinderchor.** Der am Sonntag, dem 19. Oktober, neugegründete „Hallische Kinderchor" hält unter Leitung des Gesangspädagogen Richard Standigl seine Uebungen jeden Mittwoch nachmittag von 5 bis 7 Uhr im „Volksart", Zimmer 7 (Eingang Gelenkstraße), ab. Hierzu sind 150 Kinder bereits angemeldet. Weitere Beteiligung von Knaben und Mädchen im Alter von über 7 Jahren ist erwünscht. Die Uebungen umfassen: Sprechtechnik, Rhythmik und Gehörbildung, Elementartheorie bis zur Fertigkeit des Blattlesens, stimmen- und chorweises Einüben guten Volks- und Kunst-Chorliedermaterials. In dieser Weise fortgültig vorgebildete jugendliche Chorkräfte werden einen leistungsfähigen Nachwuchs für die bestehenden Chöre der Erwachsenen abgeben und musikalisches Interesse und Verständnis in weite Kreise des Publikums verbreiten, so daß davon eine Förderung des gesamten hallischen Musiklebens zu erhoffen ist, zumal auch der Musikpädagogik ein zahlreiches, empfängliches Schülermaterial zugänglich gemacht wird.

C. T. am Riebeckplatz. Gustav Bertram und Marga Peter sind wieder da und finden mit ihrem Berliner Repertoir reichen Beifall. Beide haben von ihrer Zugkraft noch nichts eingebüßt. Im Film wird „Rosita" gezeigt, eine spanische Romanze. Rosita ist eine spanische Straßensängerin, in die sich ein „Fürst" verliebt. Ein Inhalt, der sich in Filmen öfters findet. Die Bilder sind lebhaft, die Darstellung gut.

* **Selbstmord.** Am 18. Oktober, gegen 9½ Uhr nachmittags, trank der in Lettin wohnende 26jährige Arbeiter Ernst Geißler auf dem hiesigen Marktplatz Lysol. Er wurde sofort mit dem Krankenwagen der Feuerwehr der Klinik zugeführt, wo er aber nach einer Stunde verstarb. Der Grund zur Tat soll Liebeskummer sein.

Ammendorf. Unerhörtes Spiel mit Menschenleben. Bereits Mitte Juli d. J. wurde der Antrag eines hiesigen Arbeiters auf Lungenfürsorge durch Sanitätsrat B. gestellt. Nach wiederholter Antrage wurde stets erklärt, der Antrag könne nicht so schnell erledigt werden. Endlich sollte das Gutachten am 2. August an die Landesversicherung Merseburg abgesandt werden. Obwohl Sanitätsrat B. behauptete, das Schreiben noch am Abend desselben Tages abgeschickt zu haben, sah er sich doch schließlich gezwungen, am 9. Oktober zu erklären, er habe das Schreiben wiedergefunden! Nunmehr schaffte es der Arbeiter selbst nach Merseburg. Alle Arbeiter müssen dafür eintreten, daß auch in Ammendorf alle Aerzte als Kassenärzte zugelassen werden. Die beiden praktizierenden Krankenkassenärzte sind mit Arbeit überlastet. Nur so kann in Zukunft eine derartige Bummelei vermieden werden.

Dölau. Sprechchorprobe. Alle Mitglieder der Proletarischen Kulturvereinigung Dölau und Umgebung und des Roten Jungsturms haben sich heute, Dienstag, abend 7½ Uhr, im Gasthof Dierichke zur Sprechchorprobe für den am 1. November stattfindenden Werbeabend des RFB. einzufinden. Pünktliches Erscheinen ist Pflicht.

Aus der Jugendbewegung

Kommunistische Jugend, Halle. Heute, Dienstag, abends um ½8 Uhr in der Turnhalle der Weingärtenschule: Turnen und Spielen. Mitgliedskarten sind mitzubringen.

Morgen, Mittwoch, abend ½8 Uhr in der „Produktivgenossenschaft: Vorstandssitzung.

Werbt für die öffentliche Jugendversammlung am Donnerstag!

*

Zur Umstellung unserer Organisation finden für alle Ortsgruppen der KJ. des Saalkreises **Mitgliederversammlungen** statt, zu denen alle Mitglieder zu erscheinen haben.

Ammendorf. Heute, Dienstag, ½8 Uhr abends, in unserem Jugendheim.

Seehen. Morgen, Mittwoch, ½8 Uhr abends, in dem bekannten Lokale: Mitgliederversammlung.

Mieteben: Am Donnerstag, dem 23. Oktober, abends, im Gasthof „Zur Sonne".

Osleben. Am Donnerstag, dem 23. Oktober, ½8 Uhr abends, in unserem Lokale.

Wettin. Am Freitag, dem 24. Oktober, abends, in unserem Lokale.

Dölau. Am Freitag, dem 24. Oktober, ½8 Uhr abends, in unserem Lokale.

Zu allen Mitgliederversammlungen haben der wichtigen Tagesordnung wegen alle Mitglieder pünktlich zu erscheinen.

Aus der Provinz

Der „große republikanische Tag" in Weißenfels

Ein Fiasko des „Reichsbanners"

Ein „großer Tag" sollte es werden am Sonntag in Weißenfels. Das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold" hatte die Weihe des Weißenfelser Ortsgruppenbanners und des Gaubanners zum Anlaß genommen, den Kommunisten einmal die Stärke der „Republiktreue" vor Augen zu führen. **Zehntausende** waren für Sonntag nach Weißenfels angekündigt; aus halb Deutschland waren starke Delegationen vorgesehen, es sollte ein wirklich großer republikanischer Tag werden. Aber, aber, ein kläglicher Reinfall ist wohl selten gesehen worden; der Zusammenbruch des Reichsbanners ist durch den Weißenfelser Tag offensichtlich geworden. Statt Zehntausenden kamen nur Hunderte; am Sonntag waren es ganze 1500 Männeken, die für die kapitalistische Republik „demonstrierten". In einer größeren Stadt, z. B. Halle, wäre unter diesen Umständen diese „Demonstration" gar nicht bemerkt worden. Deshalb hat man wohl auch eine Kleinstadt auserwählt, weil man trotz des großen Geschreies schon vorher wußte, daß nichts dahinter steckte. Das weiß auch die klassenbewußte Arbeiterschaft, die das Reichsbanner, in dem Demokraten und Sozialdemokraten das Kapital beschützen, verachtet und sich im Roten Frontkämpfer-Bund sammelt.

Ueber die Veranstaltung ging uns folgender Bericht zu:

„Reichsbanner Schwarzrotgold" veranstaltete am letzten Sonnabend und Sonntag eine „republikanische Kundgebung", verbunden mit Gau- und Ortsbannerweihe. Man hatte den Tag groß aufgezogen, denn die Mannen kamen nicht nur aus Mitteldeutschland, sondern auch aus weiter entlegenen Provinzen. Als Festredner hatten sich die „Goldenen" den Pazifisten Hellmut von Gerlach kommen lassen. Als zweite Garnitur trat der unvermeidliche Herr Wiesz auf. Betrachten wir einmal das Fest und seine Vorbereitung.

Ein führender „Kamerad" vom Reichsbanner äußerte sich anfangs der Woche, daß mindestens 10 000 Kameraden zusammenkommen werden, um einmal den „verdammten Kommunisten" etwas zu zeigen! Die letzte Woche waren die Frauen der „Goldenen" zusammengetommen, um „Ehrenreisig" zu binden. Am Freitag hatte man schon die Ehrenpforten errichtet, und nachts mußten die Weißenfelser „Kameraden" die Wache halten. Auf dem Markte hatte man einen Galgen errichtet, und die Weißenfelser Bürger wohner haben sich zwei Tage die Köpfe zerbrochen, wer wohl daran aufgehängt werden sollte.

Die einen waren der Meinung, daß ein „Exempel statuiert" werden sollte — und dabei flüsterte man sich den Namen „Wiesz" ins Ohr —, die andern wieder glaubten, das Kaiser-Wilhelm-Denkmal als Symbol der Monarchie sollte daran sein Ende finden. Von allen Gesprächen war kein wahres Wort, denn hört, wer mit dem Galgen Bekanntschaft machte: **„Die „Republik" wurde daran emporgezogen!**

Der Klamauk soll sehr viel Geld gekostet haben, aber man tröstete sich damit, daß genügend Kapitalisten, die im Reichsbanner Mitglied sind, für Deckung sorgen werden. Der Fackelzug am Sonnabend war die erste Enttäuschung; an Stelle der erwarteten Tausende waren nur Hunderte dazu gekommen. Es waren, genau gezählt, nur 418 Teilnehmer. Auf Grund dieser Enttäuschung spielte das Telephon die ganze Nacht, um noch etwas für Sonntag heranzuholen. Bei der Sonntagvormittag-Veranstaltung waren es bis 1000 Mann geworden und der Nachmittagsfestzug zählte rund 1500 Mann. Man wird natürlich mit größeren Zahlen operieren, aber wir haben uns die Arbeit gemacht, die Viererreihen und alles drum und dran zu zählen. Die Weißenfelser waren mit 58 Uniformierten und 88 Zivilisten vertreten gleich 146 Teilnehmer. Der übrige Zug zählte 294 Viererreihen gleich 1176 Mann, dazu kommen 72 Spielleute und 140 Gruppenführer. Sollten die „Goldenen" eine andere Rechnung aufmachen, unsere Zählung stimmt genau. Der Abend wurde durch Tanz und Suff eingeleitet; die ganze Nacht torkelten die Bierleichen in der Stadt herum. Auch zog man geschlossen mit Spielleuten und unter Gesang durch die Stadt. Als ein Stadtverordneter die patrouillierenden Sipoleute in der Merseburger Straße, nachts ½12 Uhr, fragte, ob das auch „Ordnung" ist, bekam er zur Antwort: **das machen wir wie wir wollen, belästigen Sie uns nicht!** Es haben dann noch die ganze Nacht Schlägereien zwischen den „Goldenen" und Stahlhelmbrüdern stattgefunden.

Eigentlich müßte man sich fragen, warum schlagen sich Leute, welche doch nur ein Ziel verfolgen: Die Erhaltung der kapitalistischen Gesellschaft! Ob man das nun direkt oder indirekt tut, bleibt sich am Ende gleich. Es scheinen aber doch noch viel ehrliche, irregeführte Arbeiter dabei zu sein. Diesen Genossen rufen wir zu: **Erkennt die Gefahr und kehrt dieser geldsackerhaltenden Gesellschaft den Rücken!**

*

Das „Volksblatt" feiert in seinem kläglichen Bericht über den mißlungenen „Republikanischen Tag" in Weißenfels von einer Beteiligung von 4000 Mann. Man hat jedenfalls alle Ursache, so aufzuschneiden; denn wer den Umzug gesehen hat, weiß sofort, daß **einige Tausend dazugeschwindelt sind.** Das Harzer Käseblättchen scheint im übrigen selbst von dem Reinfall in Weißenfels überzeugt zu sein, denn wenn dort wirklich der angekündigte „große Tag" stattgefunden hätte, hätte es in seinem großen Bericht ganz andere Töne geschmettert. **Weißenfels hat gezeigt, daß das Reichsbanner stark bergab geht.** Es ist klar, daß die Schutztruppe der Kapitalisten in der Arbeiterschaft keinen Boden findet. Mögen sie sich mit den Demokraten oder mit den Faszisten zusammenschließen, uns kann es recht sein. **Für die Arbeiterschaft kommt nur der Rote Frontkämpfer-Bund in Betracht!**

7000 politische Gefangene

schmachten in den Kerkern der deutschen Bourgeoisie! Sie kämpften gegen die faszistischen Mordbanditen. Sie kämpften gegen das kapitalistische Raubgesindel und gegen die Räuberpläne des Finanzkapitals und der Großindustrie gegen die Arbeiter, Beamten und Angestellten in Stadt und Land. Sie

sind

wegen ihres Befreiungskampfes für die werktätigen Massen zu vielen tausend Jahren Kerker verurteilt und

die Opfer des deutschen Justizterrors

geworden.

Die Reichsregierung läßt auf Grund des Londoner Sklavenpaktes die separatistischen Verbrecher und Landesverräter frei!

Die SPD. hat diesem Vorschlage zugestimmt. Sie hat aber die Amnestieanträge für die Freilassung der proletarischen Gefangenen durch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion verhindert.

Die „Internationale Rote Hilfe" macht den Vorschlag zum

Austausch der gefangenen Konterrevolutionäre in Rußland mit den gefangenen Revolutionären in den kapitalistischen Ländern!

Arbeiter in den Betrieben, Arbeiter in Stadt und Land! Die russischen Arbeiter und Bauern sind bereit, diesen hohen Preis der Freilassung der Konterrevolutionäre zu zahlen, damit die politischen proletarischen Gefangenen aus den Kerkern des Kapitalismus befreit werden.

Zwingt die Bourgeoisie, zwingt die sozialdemokratische Führerschaft, daß sie Eure tapferen Brüder aus den Folterkammern des Kapitalismus freilassen!

Schließt Euch zusammen und kämpft einig und geschlossen:

Für die Befreiung der proletarischen Klassenkämpfer!

Für die Generalamnestie!

Solidarität!

Der **Volkschor „Sichel und Hammer" in Naumburg** beschloß in seiner am Sonnabend stattgefundenen Vierteljahrsversammlung den **korporativen Anschluß an die „Rote Hilfe".** Der Beitrag wurde infolgedessen um 5 Pf. pro Woche erhöht.

*

Der Arbeitergesangverein in Wallhausen beschloß, korporativ der „Roten Hilfe" beizutreten.

*

Die Ortsgruppe Wallhausen der KPD. hat dieser Tage durch zwei Genossen eine **Sammlung für die „Rote Hilfe"** vornehmen lassen. Es wurden gesammelt: 30 Zentner Kartoffeln, 27 Pfund Erbsen, 15 Pfund Mehl, einige Pfund Bohnen und Linsen und ein Sack Kohl. **Zu bemerken ist, daß sich auch mehrere Kleinbauern an der Sammlung beteiligten.** Zur Nachahmung empfohlen!

*

Die letzte Mitgliederversammlung des Bangewerksbundes der Fachgruppe der Töpfer in Dommitzsch beschloß einstimmig, der „Roten Hilfe" beizutreten. Sie verpflichtete die Kollegen, jede Woche 5 Pf. der „Roten Hilfe" zu überweisen.

*

Die proletarischen Freidenker und die Arbeiter-Radfahrer in Pieskteritz sind dem Bund der Freunde der JAH. beigetreten.

Merseburg-Querfurt

Lauchstädt. „Rote Hilfe." Die Parteigenossen werden ersucht, umgehend ihrer Pflicht zu genügen und die „Rote Hilfe"-Beiträge für September an den zuständigen Genossen zwecks Abrechnung abzuliefern. Eile und Pünktlichkeit muß unbedingt eingeführt werden.

Weißenfels-Naumburg-Zeitz

An die Weißenfelser Parteigenossen und -genossinnen!

Genossen! Im Namen der Delegierten zur Reichskonferenz der Kinder und Leiter des Jung-Spartakus-Bundes dankt Euch die RJ. für die brüderlichste Unterstützung während unserer Tagung in Weißenfels.

Mit Freude konnten wir wahrnehmen, daß Ihr gemeinsam mit der WKKg. schon wochenlang vorher gerüstet habt, um den Anforderungen, die eine Konferenz stellt, gerecht zu werden.

Daß Euch dies gelungen ist, zeigten uns die strahlenden Gesichter unserer jüngsten Kämpfer, die bei Euch gute Aufnahme gefunden hatten.

Und jene Kinder und Leiter, die im Massenquartier waren, wurden entschädigt durch die gute Verpflegung der Konsumgenossenschaft. Drei Tage bruzzelte die Feldküche, um die hungrigen Mägen zu stillen.

Ihr habt Hand in Hand gearbeitet, um uns tatkräftig zu unterstützen.

Doch nicht nur Ihr, Genossen und Genossinnen, zeigtet Eure brüderlichste Solidarität, sondern mit uns war auch die Sympathie der Weißenfelser Arbeiterschaft. Bei Ankunft unserer Jüngsten sah man die Freude auf ihren Gesichtern und die Hoffnung, daß es den Jüngsten gelingen möge, die neue Welt zu erbauen. Arbeiter sprangen für uns ein, als besonders pflichteifrige Sipos es wagten, die Kinder am Bahnhof auseinanderzutreiben. Entschlossen marschierten unsere Kinder und unter Gesang ihrer Lieder durch die Straßen.

Mit Eurer Hilfe hatten wir unsere ernste Arbeit in Weißenfels begonnen und erfolgreich beendigt. Die Delegierten wissen Euch darum Dank.

Nehmt als Dank, daß in Eurer Mitte die Tagung der Komm. Kindergruppen stattfand und diese eine außerordentliche Bedeutung hatte, denn sie gab das Zeichen zu neuer Taktik, daß die kommunistische Kinderbewegung Neues schaffen muß und sich immer würdiger als kampffähiges Glied in der revolutionären Arbeiterbewegung zeigen wird.

Es lebe die Solidarität!

Es lebe der gemeinsame Kampf!

Jung-Spartakus-Bund Deutschland.

Weißenfels. Eine Stadtverordnetensitzung findet am Mittwoch abend 6 Uhr statt. Die Tagesordnung lautet: Festsetzung der Steuerzuschläge für das zweite Halbjahr 1924. Jahresbericht des Stadttheaters für 1923. Jahresbericht des städt. Bauhofes für 1923. Abbau eines Magistratsmitgliedes. Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen.

Weißenfels. Roter Frontkämpfer-Bund. Mittwoch, den 22. Oktober, abends 8 Uhr, im „Tivoli" Mitgliederversammlung, zu der jedes Mitglied erscheinen muß.

Naumburg. Volkschor Sichel und Hammer. Uebungsstunde morgen, Mittwoch, abend 8 Uhr. Wegen dem vorgesehenen Konzert muß alles erscheinen.

Mansfeld-Sangerhausen

Massenaufmarsch der Roten Frontkämpfer in Roßla

Am Sonnabend trafen sich in Roßla die Ortsgruppen **Kelbra, Artern, Sangerhausen, Heringen, Nordhausen, Salza und Pfuhleben zur Gründung der Roßlaer Ortsgruppe des Roten Frontkämpfer-Bundes.** Schon bei Beginn der Veranstaltung war der Saal gefüllt bis auf den letzten Platz, aber immer neue Frontkämpfer und Jungstürmer kamen, so daß der Saal zum Brechen voll war. Wuchtig schallte „Vertrogrd" durch den Saal und fesselte die Zuhörer. Unter allgemeiner Spannung und Heiterkeit wurde von den Nordhäuser Kameraden der „Wagen" vorgeführt. Die Ansprache hielt Kamerad Moschkau aus Nordhausen, der die Aufgaben, die der Rote Frontkämpfer-Bund zu erfüllen hat, aufzeigte. Während der Ansprache erschienen die Kameraden von Artern und Heringen die in der angrenzenden Gaststube Platz nehmen mußten, da der Saal die Massen längst nicht mehr fassen konnte. Ein zehnjähriger rezitierte sodann: „Frisch auf, mein Volk", und trotzig kam es am Schluß von den Lippen des kleinen Roßlaer Jung-Spartakisten: „Und wag's, und wär's nur einen Tag, ein freies Volk zu sein!" Den Höhepunkt der Feier aber erreichte die Veranstaltung mit der Aufführung von „Bürger, Bauer, Spartakus". Dieses kleine, aber treffende Stück wäre wert, bei allen proletarischen Veranstaltungen über die Bretter zu gehen. Und als am Schluß des Stückes die Spieler die „Internationale" anstimmten, während Arbeiter, Bauer und Spartakus" sich die Hände reichten und die Massen im Saal sich voller Begeisterung erhoben und in den machtvollen Gesang einstimmten, da wurde uns klar, **daß die rote Front in der goldenen Aue von Sangerhausen bis Nordhausen fester denn je steht und nicht willenlos sich unter das Sklavenjoch der internationalen Ausbeuterklasse beugen wird.** Die Anwesenden waren ja nur ein Bruchteil von der Masse, die durch Geldknappheit, Nachtschicht und Verkehrsschwierigkeit an der Teilnahme verhindert war.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-166915610192410 21-18/fragment/page=0006

Eine vom Kameraden Moschkau eingebrachte Resolution für die proletarischen Gefangenen, die wir an anderer Stelle zum Abdruck bringen, wurde einstimmig angenommen.

Um 1 Uhr wurde nach einer kurzen Schlußansprache die machtvolle Kundgebung geschlossen.

Eisleben. Gestohlen wurde eine Brieftasche mit 15 Mk. Inhalt nebst einer Mitgliedskarte des Bergarbeiterverbandes, lautend auf den Namen Herbert Prißkor, geboren 22. Juli 1903. Sollte die Karte irgendwo auftauchen, so wird gebeten, sie abzunehmen und an den Kartellvorsitzenden Wessel, Eisleben, Ramtorstraße 12, einzusenden. Die Personalien des Täters sind festgestellt.

Eisleben. Gemischter Chor. Heute abend pünktlich 8 Uhr Singestunde. Es müssen unbedingt alle Sänger und Sängerinnen erscheinen wegen Einübung neuer Lieder für proletarische Veranstaltung.

Bitterfeld-Delitzsch

Bitterfeld. Verschlechterte Arbeitsmarktlage. Im Wochenbericht des Arbeitsnachweises heißt es u. a.: Die in der Berichtswoche stattgefundenen Entlassungen haben den hiesigen Arbeitsnachweis wenig belastet. Eine Herabminderung der Zahl der unterstützten Erwerbslosen ist dadurch ermöglicht worden, daß Einstellungen in der Landwirtschaft, im Bergbau und in der chemischen Industrie erfolgten. Auch die Rohzuckerfabriken haben noch Arbeitskräfte abgenommen. Die am 15. Oktober als Stichtag festgestellten Zahlen ergaben, daß die Zahl der unterstützten Erwerbslosen auf 781 gegenüber 827 in der Vorwoche zurückgegangen ist. Unterstützungsberechtigte Angehörige wurden 338 festgestellt. — Die Arbeitsmarktlage hat sich trotz der erheblichen Abgänge verschlechtert. Männliche Arbeitsuchende waren am 15. Oktober 982 vorhanden, offene Stellen 59. Weibliche Arbeitsuchende 171, sodaß die Gesamtzahl der Arbeitsuchenden 1153 betrug.

Delitzsch. Die für heute abend angesetzte öffentliche Gewerkschaftsversammlung kann nicht stattfinden.

Wittenberg-Schweinitz

Wittenberg. Die Zwangsetatisierung kommt! Es hat also Herrn Schleese und seinen Anhängern alles Schaukeln nun nichts genützt. An der Hartnäckigkeit der „rechten" bürgerlichen Interessenvertreter, die Herrn Schleese für alles heiße Eisen werfen nur die kalte Schulter zeigten, ist auch in der am 17. Oktober stattgefundenen Sitzung der Stadtverordneten das Zustandekommen einer Einigung der beiden bürgerlichen Parteien über die Höhe der Gewerbesteuer gescheitert. Somit bleibt nunmehr, da die Kommunisten selbstverständlich konsequent bei ihrer Ablehnung der Gewerbesteuer in jeder Höhe blieben, nichts weiter übrig, als daß der Magistrat bei der Regierung Zwangsetatisierung oder Auflösung des Stadtparlaments fordert. Die Interessengemeinschaft der „rechten" Bürgerlichen gab als „äußerstes Gebot" noch einmal Zustimmung für 450 Prozent an. Herr Schleese schaukelte — konsequent" wie immer — von 600 Prozent im Laufe seiner Ausführungen herunter bis auf 450 Prozent, wollte aber dann Gewißheit darüber haben, ob es Tatsache sei, daß bei der endgültigen Einschätzung durch den Gewerbesteuerausschuß die Steuer sich bei vielen Zensiten erhöhen würde. Vom Bürgermeister Dr. Rotteboom erfolgte nun die äußerst interessante Erklärung, daß an eine Hoffnung auf Erhöhung der Ertragssumme aus der Gewerbesteuer bei der endgültigen Einschätzung vor allem aus dem Grunde nicht zu denken sei, weil der Gewerbesteuerausschuß nicht höher gehen dürfe, wie das Finanzamt, welches die Einschätzungen vornimmt. **Dieses wiederum sei schon wegen des erfolgten Beamtenabbaues gar nicht in der Lage, Nachprüfungen bei den endgültigen Einschätzungen vorzunehmen!** (Schlechte Aussichten für die, die sich benachteiligt glauben, und feine Chancen für die Drückeberger!) Unser Genosse Chemnitz erklärte noch einmal in längeren Ausführungen den Standpunkt der kommunistischen Fraktion in dieser Frage und betonte, daß wir grundsätzlich unter keinen Umständen für eine Steuer stimmen werden, die nicht in ihrer ganzen Schwere den Besitz trifft. Außerdem sind die Kommunisten nicht Vertreter einer lokalen Interessengruppe, wie die Gruppe des Herrn Naumann oder die des Herrn Schleese, sondern wir sind ein kleines Glied einer straff zentralistisch aufgebauten Partei, die ihre Richtlinien einheitlich im nationalen wie internationalen Maßstabe besitzt und wonach jeder einzelne Genosse zu handeln hat. Das Abstimmungsergebnis war so, daß für 500 Prozent Gewerbesteuerzuschlag die „Mieterfraktion" stimmte, die Liste Naumann für 450 Prozent und die Kommunisten beides ablehnten.

Wittenberg. Kommunistische Fabrikarbeiter. Am Mittwoch, dem 22. Oktober, abends 8 Uhr, in Freudenbergs Lokal **Bezirksversammlung des Fabrikarbeiterverbandes.** Da die Wahl der Delegierten zur Generalversammlung nochmals vorgenommen werden muß, ist es Pflicht, das alle kommunistischen Fabrikarbeiter erscheinen.

Wittenberg. Das Lichtspiel-Theater bringt für Dienstag bis Donnerstag ein gutes Programm: „Droschke Nr. 13", eine Groteske und das Hochgebirgsdrama „Der Letzte vom Bärenhof".

Torgau-Liebenwerda

Die Arbeiterschaft für die Gothaer Forderungen

In **Torgau** fand am Freitag eine gutbesuchte Bauarbeiterversammlung statt, in der Kollege Groh über das Thema referierte: Warum Gewerkschaften! Den Versklavungsplan des internationalen Kapitalismus stellte er den Sozialisierungsplan der Arbeiterschaft gegenüber. In der Diskussion wurde zum Ausdruck gebracht, daß die reformistische Gewerkschaftsführung mit schuld sei an dem heutigen Elend. Mit Ausnahme eines einzigen Kollegen traten alle Redner dafür ein, sofort wieder in den Baugewerksbund einzutreten. **Die Versammlung beschloß einstimmig, für die Gothaer Forderungen einzutreten und für ihre Durchführung Sorge zu tragen.** In einer darauffolgenden Mitgliederversammlung des Baugewerksbundes meldeten sich sämtliche Anwesenden wieder im Verband an. Diese Versammlung war ein Zeichen dafür, daß es auch im Kreise Torgau vorwärts geht.

*

In **Lichtenburg** sprach am Sonnabend Genosse Holzweißig über das Sachverständigen-Gutachten der Kapitalisten und das Sachverständigen-Gutachten der Arbeiter. Die Versammelten nahmen mit Empörung von den im Reichstag angenommenen Versklavungsplan Kenntnis. Scharf rechnete Genosse Holzweißig mit sämtlichen Parteien ab. Da eine Anzahl Völkische anwesend waren, wurden diese vom Referenten gebührend „berücksichtigt". Auf Aufmerksam verfolgten die Versammelten die Ausführungen über die außenpolitische Lage. Allen Maßnahmen der Kapitalisten muß Gewarnt wurde vor der Sozialdemokratie, die versucht, wie immer, durch Schlagworte (Arbeiterblatt usw.) die Massen zu betören. Alle Mann in die Gewerkschaften, um gemeinsam mit der Kommunistischen Partei den Kampf in den kommenden Wochen zu führen. **Die Versammlung beschloß, den Kampf aufzunehmen für die Gothaer Forderungen.**

*

In einer **öffentlichen Gewerkschaftsversammlung** in Großtreben referierte ebenfalls Genosse Holzweißig, und zwar über das Thema: Hinein in die Gewerkschaften! Die gewerkschaftliche Einheit unter revolutionärer Führung ist die Grundbedingung zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage. Es wurde eine Resolution angenommen, in der die Kollegen verpflichtet werden, vollzählig in den Gewerkschaften sich zu sammeln und dort den Kampf um die Befreiung der Arbeiterklasse in Angriff zu nehmen. Zum Schluß behandelte der Redner noch die Landarbeiterfrage.

Sämtliche Versammlungen haben gezeigt, daß der kommunistische Gedanke marschiert! Es geht allenthalben vorwärts!

Der Torgauer Landrat gegen die Notstandsarbeiter

Ein Notstandsarbeiter hat von dem Landrat Dr. Drews in Torgau folgendes Schreiben erhalten:

Bei mir wird Beschwerde darüber geführt, daß Sie unter den in Mehderitsch beschäftigten Notstandsarbeitern Reden halten, die geeignet sind auch von einzelnen Notstandsarbeitern so aufgefaßt worden sind, die Notstandsarbeiter zum Ungehorsam und mangelhafter Arbeitsleistung aufzufordern. Sollte mir nochmals etwas Nachteiliges über Sie zu Ohren kommen, so mache ich Sie darauf aufmerksam, daß ich im Interesse der ordnungsmäßigen Ausführung der Arbeiten gezwungen bin, Ihre fristlose Entlassung als Notstandsarbeiter auszusprechen, wodurch auch jeder Anspruch auf spätere Unterstützung wegfiele.

Der Herr Landrat ist recht schief gewickelt, wenn er glaubt, daß irgend jemand aus lediglich reiner Lust heraus zum „Ungehorsam" und „mangelhafter Arbeitsleistung" aufgefordert habe. Er soll mal unter den Notstandsarbeitern nachforschen, was diese drückt, und er wird finden, daß diese samt und sonders recht unzufrieden sind. Kein Wunder, denn es muß schwer geschuftet werden, wofür es einen Hundelohn gibt. Man gebe den Notstandsarbeitern ausreichende Löhne, damit sie anständig leben können, dann werden die Klagen verschwinden. Wir sprechen dem Landrat jedes Recht ab, gegen die Notstandsarbeiter vorzugehen; ihn drückt natürlich keine Not. Wie wär's denn, Herr Landrat, wenn Sie mal mit unter die Notstandsarbeiter gingen? Was würden Sie denn zu solchen Verhältnissen sagen? Sie hätten jedenfalls schon am ersten Tage die Nase voll!

Merzdorf. Eine gewisse Aufregung herrschte in unserem Orte anläßlich der Verhaftung einiger Arbeiter, die beschuldigt waren, den Grödener Sprengstoffdiebstahl begangen zu haben. Unsere Gegner freuten sich natürlich sehr über die Verhaftungen. Aber ihre Freude war nur von kurzer Dauer. Die Verhafteten kehrten bald wieder zurück. Schrien jene Leute erst, als Hofmann verhaftet wurde: **„Laßt den bloß nicht wieder los, schlagt ihn tot!"**, so hört man jetzt: „Ach, da sind sie ja wieder, die Lumpen, mit hätten doch geglaubt, die müßten ins Zuchthaus! Da wäre die weiß die Mausediebe nicht sinn, aber zu möchte man bloß wissen, wer sie sind!" So schimpften die „Helden", als die verhafteten Genossen Dietze, Bernstein, Hofmann, Uschner und die Dienstmagd Feldners wieder zurückkehrten. Die Leuchen mögen sich nur beruhigen, die „Mausediebe" sind ganz wo anders zu suchen, die Arbeiterradfahrer von Merzdorf brauchen keinen Sprengstoff aus Gröden. Ein großer Teil der hiesigen Bevölkerung ist empört über die gemeine Schmiererei der bürgerlichen Presse; allen voran das Liebenwerdaer „Kreisblatt", nachfolgend das Großenhainer „Tageblättchen", die „Leipziger Nachrichten" und Gottfried Vogels Meißner sozialistisches „Volksblättchen". Innerhalb drei Wochen erschienen Berichte, welche geradezu zum Himmel stinken. Die Genossen Dietze und Bernstein stellte man als Täter des Grödner Diebstahls hin. Die Arbeiterschaft möge aus diesen Gemeinheiten lernen. Die beste Antwort darauf ist, die bürgerliche Presse aus den Wohnungen herauszuwerfen und dafür den „Klassenkampf" zu bestellen. Dieser vertritt Eure Interessen voll und ganz, jene lachen Euch nur aus und verspotten Euch! Also, Arbeiter, zieht die Konsequenzen!

Vom Tage

Der tägliche kapitalistische Arbeitermord

Zwei Bergleute umgekommen. Im Vertrauenschacht des Erzgebirgischen Steinkohlenbauvereins, Zwickau, sind fünf Bergarbeiter in einem alten Bau von giftigen Gasen befallen worden. Drei Arbeiter konnten ins Leben zurückgerufen werden, bei zwei Arbeitern blieben die Wiederbelebungsversuche erfolglos.

Ein tödlicher Unfall ereignete sich in der Nacht zum Sonnabend in dem Betriebe der Firma Meier & Weichelt in L.-Lindenau. Der in der Installationswerkstatt als Motorputzer beschäftigte Arbeiter Richard Linke fiel im Gebläseraum durch eine Luke etwa vier Meter tief hinab, und zwar so unglücklich, daß er sofort tot liegen blieb.

Schreckliches Unglück in einem Athener Lichtspieltheater

26 Tote

In einem Athener Lichtspieltheater entstand ein unbedeutender Brand, der unter den anwesenden Kindern großen Schrecken hervorrief. Bei dem Sturm auf die Ausgänge wurden 25 Kinder und ein Feuerwehrmann getötet. Viele Kinder wurden schwer verletzt.

Eisenbahnunfall bei Freiburg im Breisgau. Gestern vormittag fuhr bei starkem Nebel ein von Mühlheim kommender Personenzug auf dem Freiburger Hauptbahnhof auf die letzten Wagen des auf dem ersten Gleis haltenden Basel—Frankfurter Schnellzuges auf. Der Speisewagen wurde eingedrückt. Drei Personen vom Küchenpersonal wurden verletzt. — Gott sei Dank nicht die schlemmenden Bourgeois!

Aus der Jugendbewegung

Merseburg. Spartakusbund (Komm. Kindergruppe). Mittwoch nachmittag 4 Uhr findet in der „Funkenburg" eine Kinderversammlung statt. Auf der Tagesordnung steht: 1. Bericht von der Reichskonferenz in Weißenfels; 2. Einteilung der Mitspielenden zum Revolutionsfest. Arbeiter, schickt Eure Kinder alle in diese Veranstaltung.

Mücheln. Jung-Spartakus-Bund. Dienstag nachmittag 5 Uhr Zusammenkunft im Gewerkschaftshaus. Das Erscheinen aller Kinder ist Pflicht.

Querfurt. Kommunistische Jugend. Alle Mitglieder müssen sich an der Sprechchorprobe zur Revolutionsfeier beteiligen. Nächste Probe Mittwoch abend 7 bis 9 Uhr im „Schützenhaus". Nachdem außerordentliche Mitgliederversammlung. — Alle Mandolinen- und Gitarrespieler der Komm. Jugend und des T.-U. „Die Naturfreunde" treffen sich zwecks wichtiger Besprechungen ebenfalls Mittwoch im „Schützenhaus".

Arbeiter-Sport

Arbeitersportler, die Augen auf!

Der Kampf gegen die Kommunisten hat sich bereits auf das Gebiet der Arbeitersportbewegung ausgedehnt. Die Sitzung des Internationalen Bureaus für Arbeitersport vom 14. September 1924 in Wien hat beschlossen, die „Rote Sportinternationale" (Moskau) zur Frankfurter Olympiade (1925) nicht zuzulassen. Es dürfen nur Organisationen anwesend sein, die auf dem Boden der Luzerner Sportinternationale stehen. Es heißt in dem Bericht, daß trotzdem in Frankfurt alle kommunistischen Genossen willkommen sind sofern sie sich jeder parteipolitischen Betätigung enthalten. Also mit einem Wort: Hübsch artig sein und brav den schwarzrotgoldenen Rummel dieser „neutralen" Helden mitmachen, jeden Klassenkampfcharakter beiseite lassen, dann darfst Du auch an diesem Fest teilnehmen! Eiende Heuchelei! **Unsere Beiträge sollen wir zahlen und dafür demonstrieren für die reformistischen kleinbürgerlichen Verräter!**

Das neueste Glanzstück leistete sich aber der Bundesvorstand des Arbeiter-Turn- und Sportbundes in seiner Sitzung vom 28. September. Es heißt in dem Protokoll u. a.: „Der Bundesvorstand beschließt, daß auf Grund seines schamlosen Verhaltens der bisherige Bundesgenosse Lieske, Berlin, aus dem Bunde als ausgeschlossen gilt. Der Turnverein „Fichte", Berlin, wird beauftragt, sich diesem Beschluß anzuschließen. Gelichtet das nicht, so stellt sich „Fichte" ebenfalls außerhalb des Bundes." Bruno Lieske ist Kreisvertreter des 1. Kreises (Provinz Brandenburg), außer Lauftip. Als „schamloses Verhalten" verstehen die Bureaukraten in Leipzig nämlich die Zugehörigkeit zur KPD. und die guten Beziehungen zur „RFI". Aber es kommt noch toller. Den ganzen Turnverein „Fichte" (7000 Mitglieder), den Kern des Bundes, will man einfach ausschließen! Genau nach dem Muster eines Paeplow und sonstiger „Helden" der deutschen Gewerkschaftsbewegung will man auch hier auf alle Fälle spalten. Hier zeigen sich diese „Einheitsapostel", die nicht genug auf die „kommunistische Zerstörungstaktik" schimpfen können, im richtigen Lichte. Die einzige Arbeiterorganisation, in der noch eine Einheitsfront der Mitglieder herrschte, soll an dem Fanatismus einiger C.-P.-Strategen zugrundegehen. Die Genossen im Reiche werden zu diesem Gewaltakt sicher noch ein sehr ernstes Wort mitzureden haben. Wir werden es nicht dulden, daß unser Bund vor den Parteikarren der SPD. gespannt wird. Mit doppelter Kraft werden wir arbeiten, um alle Arbeitersportler aufzuklären. Der Arbeiter-Turn- und Sportbund wird und muß eine Klassenkampforganisation werden zum Heile und zur Gesundung der gesamten Arbeiterklasse!

Heinze.

Touristenverein „Die Naturfreunde", Halle (Sportgruppe). Die 1. Handballmannschaft spielt Sonntag, den 26. Oktober, gegen Ammendorf 2 in folgender Aufstellung: Wartenbleck, Hollenbach, Wiese, Brückner, Lienau, Quackkünstle, Richter, Schellenbeck, Hufenreuter, Heinze und Walter. Abmarsch punkt 8 Uhr vom Riebeckplatz.

Schiedsrichtervereinigung für Turnspiele, 2. Kreis, 6. Bezirk, 1. Gruppe. Die für Donnerstag, den 23. Oktober, angesetzte Sitzung findet bestimmt am Donnerstag, dem 23. Oktober, daselbst statt. Erscheinen sämtlicher Schiedsrichter und Prüflinge ist Pflicht. Rudi Wilkig, Fichte-Halle, wird mit 2 Mk. in Strafe genommen wegen Nichterscheinens zum Serienspiel Wormlitz 1. gegen Ammendorf 2.

2. Kreis, 6. Bezirk, 1. Gruppe (Handball). Serienspiele für Sonntag, den 26. Oktober: 1. Gruppe: Passendorf 1. gegen Nietleben 1. um 3 Uhr in Passendorf (G. Hauptzer, Fichte-Halle); Fichte-Halle 3. gegen Nietleben 1. 11 Uhr vormittags auf dem Fichteplatz (W. Grube, Ammendorf). 2. Gruppe: Ammendorf 1. gegen Ascher 1. um 2 Uhr in Ammendorf (Fr. Schaaf, Wormlitz); Wormlitz 1. gegen Schwimmer 1. 10 Uhr vormittags in Wormlitz (R. Molenbach, Ammendorf); Fichte 1. und 2., Ammendorf 3 spielfrei. Jugendspiele: Vormittags 10 Uhr Nietleben 1. gegen Fichte 2. (P. Lange, Döhlau) in Nietleben. Spielformulare bis Dienstag, den 28. Oktober, senden.

3. Kreis, 4. Bezirk, Gruppe Weißenfels. Den Vereinen dieser Gruppe zur Kenntnis, daß Sonntag, den 26. Oktober, vormittags 8½ Uhr, in Langendorf (Gasthof Lerkert) unsere Gruppenvertreterstunde stattfindet. Anschließend Sitzung. Das Erscheinen aller Vereinsturnwarte und technischen Leiter ist unbedingt erforderlich. Sportgenossen! Im Anbetracht des bevorstehenden Gruppenturntages ersuche ich um pünktliches und zahlreiches Erscheinen.

Emil Börnichen, Weißenfels, Gruppenvorsitzender.

Briefkasten

Raumburg: So geht es wirklich nicht! Was soll das heißen: „Wie erzählt wird" oder „Wie verlautet?" Wenn wir nichts Genaues darüber erhalten, können wir solche Sachen nicht bringen. Das würde uns nur Geld kosten. — **C., Kreischau:** Bei Nichtleistung des Offenbarungseides kann Verhaftung eintreten, wenn der Antragsteller die Vorschußkosten und die Haftkosten übernimmt (§§ 259, 261 BGB.). Nach der Haftvorführung kann der Eid zu jeder Minute geleistet werden. Nach Ableistung des Eides ist der Betreffende sofort freizulassen. — Einige Berichte mußten heute zurückgestellt werden.

Verantwortlich: Marianne Gundermann, Halle, für den redaktionellen Teil; für Anzeigen: Frix Kroh, Halle, Lerchenfeldstraße 14

DAS WORT Aus dem Inhalt der Nr. 12: „D.C." Ein geheimnisvoller Prozeß. Offenes Wissenschaftliches Institut der Arbeit Moskau. Die Wohnform. Ein Hund verlorengegangen. Notizen. Bei der Filmdiva / Interview mit Lil Dagover. Ausflug in die andere Welt. Kritik der Künste. Feuilleton: Seine Majestät Herr Coolidge. Reise nach dem Mond. Jugend. Zu früh. Kritik über einen Schriftsteller. Anatole France.

Fahrrad-Lampen rein Messing, billigst **Gummi-Bieder** Gr. Steinstr. 81 Nähe Markt.

Eine Klasse für sich:

Held's WELTRUF Allerfeinste Tafel-Margarine Trustfrei

„HELD'S WELTRUF"

Die Rahm-Margarine für Feinschmecker

General-Vertreter: R. Otto Barthel Riemeyerstraße 9. — Fernsprecher 1315

Fabriklager und Bureau: Delitzscher Straße 90 — Fernsprecher 1315

2761

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-166915610192410 21-18/fragment/page=0007

Aus den Betrieben und Werkstätten

Die Betriebszelle ist das Fundament der Parteiorganisation

Jede Fabrik, jeder Betrieb muß unsere Burg sein

Reichstagsauflösung und Betriebszellen

Mit der Reichstagsauflösung fallen unseren Betriebszellen doppelte Aufgaben zu. Die Kommunistische Partei ist die Arbeiterpartei, und infolgedessen muß der Kampf dort geführt werden, wo die Arbeiter zusammen sind, d. h. in den Betrieben. Mit der Reichstagsauflösung ist die Immunität der Abgeordneten aufgehoben, das bedeutet, daß viele unserer Reichstagsabgeordneten und führenden Genossen von der Klassenjustiz wieder verfolgt werden, daß sie sich verbergen müssen und nicht öffentlich auftreten können. Die 62 kommunistischen Abgeordneten im Reichstag waren ein Pfahl im Fleische der Bourgeoisie. Die Ausbeutergesellschaft, die Dawes-Parteien, werden gegenüber der Kommunistischen Partei den größten Terror entfalten. Sie werden nicht nur die führenden Genossen, die Abgeordneten, an der Wahlagitation verhindern, sie werden auch sonst die Wahlarbeit der Kommunisten im größten Maße zu stören versuchen. Schon dieser Umstand allein gebietet stärkstes Arbeiten in den Betriebszellen. Aber nicht nur deshalb müssen alle Kräfte angespannt werden, sondern die Partei muß dort, wo sie lebt und wirkt, arbeiten.

Unsere Betriebszellen müssen in Belegschaftsversammlungen zu der Reichstags- und Landstagswahl Stellung nehmen. Gerade die Wahlen sind eine glänzende Gelegenheit, die Massen politisch aufzurütteln. Wir müssen diese Gelegenheit benutzen, um die politische Aktivität in bewußtes kommunistisches Denken und Handeln umzumünzen, Wahlversammlungen im Kreise der Belegschaft sind viel wertvoller für die Partei als die abendlichen öffentlichen Versammlungen.

Ein wichtiges Mittel mit im Wahlkampf sind die Betriebszeitungen, beschäftigten sich die Betriebszellenzeitungen bisher zum größten Teil nur mit Vorgängen aus dem Betriebe, so muß während der Wahlkampagne auch zu den Wahlen und zu den politischen Vorgängen mit in den Betriebszellenzeitungen Stellung genommen werden. Während der eigentlichen Wahlkampagne muß mindestens jede Woche eine Betriebszellenzeitung herauskommen, in der in engster Anknüpfung mit den Vorgängen in den Betrieben zu den Wahlen Stellung genommen wird. Die Wahlzeit bringt für uns ungeheure Arbeit, doch darf darunter die Betriebszellenarbeit nicht leiden. Im Gegenteil, die durch die Wahl bedingte Aufrüttelung der Arbeiter muß dazu benutzt werden, noch mehr Betriebszellen zu bilden und die Herausgabe von Betriebszellenzeitungen zu verstärken. Jede Betriebszellenleitung muß, nachdem der Wahltermin festgesetzt ist, einen bestimmten Arbeitsplan festlegen (Belegschaftsversammlungen, Herausgabe von Zellenzeitungen, das Hineinbringen und Flugblättern der Partei in die Betriebe). So systematisch gearbeitet, darf es in der Wahlzeit keinen nennenswerten Betrieb geben, in dem nicht eine Betriebszellenzeitung erscheint. Die Dawes-Parteien glauben, die revolutionäre Arbeiterschaft zurückerringen zu können, sie sollen sich täuschen, die revolutionäre Arbeiterschaft und die Kommunistische Partei muß und wird gestärkt aus diesen Wahlen hervorgehen.

Brief eines russischen Metallarbeiters

Moskau, 10. Oktober.

Liebe deutsche Genossen!

Ihr wißt gut, daß in der Sowjet-Union das Proletariat seine politischen Errungenschaften fest in den Händen hält. Von der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterklasse habt Ihr aber wohl nur eine unklare Vorstellung, da Eure Presse oft die Unwahrheit schreibt und ein verzerrtes Bild von den Fragen unseres Alltagslebens gibt.

Um Irreführungen zu vermeiden, wollen wir über die Sache ohne jede Uebertreibung oder Abschwächung der Wirklichkeit sprechen.

Im roten Moskau hat der Arbeiter für den Achtstundenarbeitstag einen Verdienst von 70 bis 120 Rubel im Monat (1 Rubel etwa 2,15 Mark). Die Wohnungsmiete beträgt, je nach dem Arbeitslohn, 20 Kopeken bis 1 Rubel für einen Quadratmeter (etwa ¼ Quadratmeter) Wohnraum im Monat, Küche und Korridor nicht gerechnet, da diese unentgeltlich sind. Für einen Kellerraum wie auch für einen Dachbodenraum beträgt die Miete die Hälfte dieser Summe. **Arbeitslose und Arbeitsunfähige zahlen zehn Kopeken, und niemand kann sie ohne Beschluß des Volksgerichts auslogieren**, oder sie auch nur ohne ihre Zustimmung aus einem Zimmer in ein anderes überführen. Die meisten Richter wie auch die Staatsanwälte sind bei uns Proletarier. Der Bourgeoisie gefällt das gar nicht, was wir ihr nicht übelnehmen.

Genossen, wollen wir eben sprechen: die Wohnungsfrage ist bei uns eine sehr schwierige. Es ist ohne weiteres klar, daß noch unter dem Zarismus in Moskau die Wohnungen namentlich in den Arbeitervierteln nur durch ständige Renovierung in Stand gehalten wurden. Ein großer Teil ist während der Revolution unbrauchbar geworden. Außerdem mußten die Arbeiter zur Zarenzeit schrecklich zusammengepfercht leben. Die Wohnungsmiete stieg nach Willkür des Hausbesitzers.

Wer von Euch Genossen, nicht in Rußland war, kann sich natürlich kein Bild von den Wohnungsverhältnissen der Arbeiterklasse machen. Früher war es für die meisten eine wahre Hölle. Gegenwärtig ist es in Moskau schon ganz anders, und wer von den Arbeitern während der Revolution nicht ängstlich war und nicht fürchtete, daß, wenn er sich in den Bourgeoispalästen eine Wohnung nahm, man ihn bei Rückkehr der Reaktion aus dem bürgerlichen Hause hinausschmeißen oder aufhängen wird, bekam eine entsprechende Wohnung; wer sich aber nicht entschließen konnte, der muß wohnen, wo wir auch früher wohnten; denn jetzt sind die früheren Bourgeoiswohnungen alle belegt. Der Arbeiter lebt gegenwärtig bequemer als früher. Wir treffen, Genossen, alle Maßnahmen, um diese schwere Frage zu liquidieren. **Wo dies möglich ist, drängen wir die Bourgeois und Pfaffen zusammen, und die Arbeiter vertreiben die Mönche ohne weiteres aus ihren Klöstern und eröffnen dort Schulen und Speisesäle.** So manches wird renoviert, und wir errichten auch neue Gebäude, speziell für Arbeiter. Es werden **Genossenschaften für Wohnungsbau geschaffen, die von der Regierung in jeder Weise gefördert werden.** Sie erhalten unentgeltlich Bauholz, das ihnen auch unentgeltlich zugestellt wird. Unser Werk schreitet, wenn auch langsam, aber organisiert vorwärts.

Was die Verpflegung anbelangt, so hungern wir nicht mehr. Schwarzes Brot kostet drei Kopeken das Pfund (1 Pfund = 400 Gramm), weißes 11 Kopeken, Kaffinadezucker 30 Kopeken, Butter 70 Kopeken (Margarine kennt man in Rußland nicht), Fisch 15 bis 25 Kopeken, bessere Fische 30 Kopeken, Kartoffeln 1½ Kopeken, Kohl 2 Kopeken, ein Liter Milch 10 Kopeken. Kleider und Schuhzeug sind allerdings noch teuer; Stiefel kosten 6 bis 30 Rubel, ein Anzug 30 bis 100 Rubel, aber wir Arbeiter bekommen in den Betrieben die Berufskleidung von der staatlichen Betriebsleitung umsonst zur Verfügung und können so unsere eigenen Röcke sparen. Unsere Betriebe haben auch Kooperativen (Konsumvereine), wo man die Sachen billiger bekommt.

Auf Wiedersehen, Genossen! Das Proletariat der Sowjetunion drückt freundschaftlich Eure schwielige Arbeiterhand.

Iwan Antonow, Metallarbeiter. Gawrikowa Ul., Lesnoi-jadski Per. Nr. 6, Bruch 6. Mitglied der KPR., Rayon Sokolniki.

Denkt bei der Herstellung von Zellenzeitungen auch an die Angestellten, ihr Los ist das gleiche wie das der Arbeiter. Die Betriebszellenzeitung muß das Interesse beider wahrnehmen.

Aus den Schlemmerstätten der Bourgeoisie

Gerade in den Städten, wo die Bourgeoisie die aus dem Schweiß und dem Blut des Proletariats herausgequetschten Profite verschlemmt und verprasst, sind auch die Arbeitsverhältnisse und die Behandlung des Personals die denkbar schlechtesten. So auch in dem Schlemmerlokal der hallischen Bourgeoisie, im „Hohenzollernhof". Der Inhaber scheut sich nicht, die Küchenmädels mit „Alter Drecklappen" zu titulieren und geniert sich gar nicht, ihnen „eins in die Fresse" anzubieten. Bei der Frau sind die Küchenmädels „Dreckschweine und eklige Mistgesellschaft", die man rausschmeißen muß. Diese Beispiele zeigen den „guten Ton" dieser Herrschaft, die oben im Restaurant so „gebildet" auftritt. Dabei sind die Arbeitsverhältnisse die denkbar schlechtesten. Bei einem Wochenlohn von 20 bis 30 Mark müssen die Mädels zwölf Stunden, entweder von 1 Uhr mittags bis 1 Uhr nachts oder von morgens 7 bis 4 Uhr nachmittags und von 8 bis 11 Uhr abends arbeiten. Oft kommt es vor, daß die Mädels ein bis zwei Stunden nachts länger arbeiten müssen, besonders, wenn irgendein so feudaler Klub oder Kränzchen oder sonstige Parasitengesellschaften ein Festfressen veranstalten. Dann müssen die Mädels ohne besondere Entschädigung bis ½3 und 3 Uhr nachts arbeiten. Ist dann gerade Schichtwechsel, so müssen sie am anderen Morgen schon um 6 Uhr aufstehen, da sie um 7 Uhr wieder anfangen müssen. Man sollte meinen, daß in diesen Schlemmerstätten doch wenigstens die Verpflegung eine dementsprechende wäre. Doch steht das Essen manchmal so aus, daß mir zu der Annahme gelangen könnten, es wären die Ueberbleibsel von oben. So ist es denn kein Wunder, daß die Küchenmädels in unserem „Paradies" ziemlich oft wechseln. Doch damit ist uns nicht geholfen, wenn wir von einer solchen Ausbeutungsstätte in die andere umziehen, die vielleicht ebenfalls nicht viel besser ist. Wir müssen uns in den Gewerkschaften zusammenschließen. Uns ist durch diese Behandlung die Erkenntnis aufgekommen, daß wir uns im Verband der Hotel-, Restaurant- und Cafés-Angestellten organisieren müssen. Wir fordern das gesamte Personal, besonders aber die Küchenmädels in den Hotels auf, sich ebenfalls dieser Gewerkschaft anzuschließen. Nur so können wir der frechen Behandlung und dem Uebermut der Chefs entgegentreten.

Einige vom Personal des „Hohenzollernhofes".

Entlassen, weil zu teuer

Die große wirtschaftliche Not zwingt jetzt manchen Arbeiter, Beschäftigung anzunehmen, die außerhalb seines Berufes liegt. So geschah es, daß 37 meistens seßhafteraite Familienväter vom Arbeitsnachweis Zeitz nach dem Rittergut Wildenborn bei Zeitz zum Rübenroden geschickt wurden. Das Rübenroden sollte in Akkord gemacht werden (pro Morgen 13,15 Mk.), was aber von den Arbeitern abgelehnt wurde. Nach langem Verhandeln wurden die Arbeiter mit dem Rittergutsbesitzer einig, im Tagelohn zu arbeiten, und zwar 3 Mk. pro Tag mit Mittagbrot. Später wurde noch die Lieferung von täglich 10 Pfund Kartoffeln vereinbart. Nach fünftägiger Arbeit wurde vom Besitzer mitgeteilt, daß seine Leute sich darüber beschwerten, daß Zeitzer ihnen ihre Arbeit (Akkord) abnehmen. Er stellte den Arbeitern anheim, im Akkord oder für den Tariflohn zu arbeiten. Dieses Ansinnen wurde abgelehnt. Darauf wurden alle 37 Arbeiter entlassen. Am nächsten Morgen waren Frauen aus der Umgegend da, die diese Arbeit verrichteten.

8 bis 9 Mark Wochenlohn

In den „Gloriawerken", Inhaber J. Lewy, Zeitz, herrscht augenblicklich Hochkonjunktur, es wird mit Tag- und Nachtschicht gearbeitet, natürlich pro Schicht mit zehn Stunden, der Acht-Stundentag gehört auch hier der Vergangenheit an. Ueber die Löhne, die hier gezahlt werden, schweigt des Sängers Höflichkeit. Die Frauen und Mädchen verdienen im Akkord durchschnittlich pro Woche 8 bis 9 Mark, es kommt aber auch vor, daß es bloß die Hälfte ist. Für männliche Personen werden Stundenlöhne von 29 Pf. ausgeworfen. Daß mit diesem fürstlichen Gehalt kein Mensch auskommen kann, wo jetzt die Preise rapid in die Höhe gehen, ist wohl selbstverständlich. Die in diesem Betriebe vorkommenden Arbeiten sind nicht gerade die besten; das Kohlenpressen ist wohl eine der dreckigsten Arbeiten, die man sich denken kann. Man sollte nun meinen, daß für Badegelegenheit genügend gesorgt wäre, aber weit gefehlt, es sind wohl einige Waschbecken vorhanden, aber selten gibt es mal warmes Wasser, so daß es vorkommt, daß die dort beschäftigten Arbeiter dreckig nach Hause gehen müssen. In einer Belegschaftsversammlung wurden diese Mißstände einer Kritik unterzogen, die Vertreter des Fabrikarbeiterverbandes verhandelten mit der Firma und es wurde der Firma nahegelegt, daß doch mindestens Löhne gezahlt werden, die etwas höher sind als die Sätze der Erwerbslosenunterstützung. Hoffentlich bekümmert sich nun auch der Betriebsrat etwas besser um das Wohl seiner Arbeitskollegen. Wir haben immer gehofft, daß der Zeitzer „Volksbote" einmal diesen Betrieb unter die Lupe genommen hätte, aber das ist wohl nicht gut möglich, da ja Herr Lewy junior bekanntlich Mitglied des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold ist und wenn wir gut unterrichtet sind, der Seniorchef sogar Ehrenmitglied. Es wird auch viel gemunkelt über Stiftung einer gewissen Summe zur Anschaffung einer Fahne bei einer gewissen konterrevolutionären schwarzrotgoldenen Organisation und über Bezahlung von Saalmieten für dieselbe Organisation, welche alle Freitage im „Schützenhaus" ihre Zusammenkünfte abhält, denn es steht fest, daß genannte Formation von ihren Mitgliedern keine Beiträge erhebt und eine Quelle muß doch mindestens vorhanden sein, wovon man die Unkosten bestreitet. Aber wir wollen heute nicht so deutlich werden. Ueber eventuell gesungene Ständchen usw. erzählen wir das nächste Mal.

Darum, Arbeiter, aus dem Betrieb Lewy, gebt Euch nicht mit Geschenken zufrieden, verkauft Eure Arbeitskraft nicht so ohne weiteres, stellt Euch auf den Boden des Klassenkampfes, nur dadurch könnt Ihr Eure elende Lebenslage verbessern.

Gewerkschaftsbewegung

Verbandstag des Industrieverbandes der Chemiearbeiter Deutschlands

(Eig. Ber.) **Darmstadt**, 21. Oktober.

1. Verhandlungstag.

Auf dem ersten Verbandstag des Industrieverbandes der Chemiearbeiter sind 30 stimmberechtigte Delegierte und eine Anzahl Gäste, Delegierte aus Großbetrieben und Vertreter der oppositionellen Fabrikarbeiter anwesend.

Der Allrussische Chemiearbeiterverband hatte ein längeres Telegramm gesandt, in dem außer den Begrüßungen eine Einladung zu dem russischen Verbandstag im November enthalten war. Die Schreiben des Reichsarbeitsausschusses und der RGI. lösten lebhaften Beifall aus. Für die revolutionäre Chemiearbeiterschaft Mitteldeutschlands überbrachte ein Kollege aus einem größeren Betriebe die Grüße.

Vor Eintritt in die eigentliche Tagesordnung wurde der proletarischen Gefangenen gedacht und nachstehende Resolution angenommen:

Der Verbandstag des Industrieverbandes der Chemiearbeiter Deutschlands entbietet den hinter Kerkermauern schmachtenden Klassenkämpfern revolutionäre brüderliche Grüße. Die Delegierten des Verbandes geloben, sich mit allen Mitteln für die Befreiung der politischen Gefangenen einzusetzen, indem sie in alle Zahlstellen, in alle Betriebe und Werkstätten den Kampfruf tragen: „Heraus mit den politischen Gefangenen, her mit der Amnestie!"

Die Funktionäre und Mitglieder unserer Organisation werden verpflichtet, in unermüdlicher Aufklärungsarbeit und Durchmobilisierung der breiten Arbeitermassen, sowie durch alle geeigneten Mittel für die Freilassung der politischen Gefangenen zu wirken. Gerade aus den chemischen Betrieben muß am nachdrücklichsten dieser Befreiungskampf geführt werden.

Der Verbandstag erklärt seinen korporativen Beitritt zur „Roten Hilfe".

Nieder mit der Schandjustiz!

Es lebe der Befreiungskampf des Proletariats!

Der Verbandstag sandte der Reichsregierung folgendes Protesttelegramm:

An die Reichsregierung, Berlin.

Der Verbandstag der Chemiearbeiter Deutschlands protestiert im Namen seiner Organisation und im Einverständnis mit hunderttausenden von Proletariern gegen den Weißen Terror und die Einkerkerung und Mißhandlung der Arbeiter, die ihre Ueberzeugung und Tatkraft für ihre Klasse eingesetzt haben. Wir verlangen sofortige Freilassung der proletarischen politischen Gefangenen."

Verbandstag der Chemiearbeiter Deutschlands.

Kollege S. zeichnete den Entwicklungsgang des Industrieverbandes. Die Erfahrungen der Vergangenheit, besonders die Kämpfe in Ludwigshafen und am Niederrhein, brachten wertvolle Erfahrungen und erzeugten in der Arbeiterschaft das Bewußtsein, daß die Konzentrierung der Kräfte um die Einheit notwendig ist, um die Passivität und die reformistische Ideologie zu überwinden. Die Beschlüsse des RGI.-Kongresses brachten uns keinen ernsthaften Widerstand in den Zahlstellen. Die Ludwigshafener Zahlstelle nahm die Beschlüsse einstimmig an. Sachs schloß mit der Hoffnung, daß die Kinderkrankheiten bald überwunden sein werden und daß dieser Verbandstag fruchtbringende Arbeit leisten wird.

Der Redakteur gab allen Delegierten den Rat, durch rege Mitarbeit für eine Ausgestaltung der Zeitung zu sorgen. Aus eigener Kraft haben wir den Beweis erbracht, daß wir, obgleich uns viele Hindernisse im Wege lagen, ein besseres Organ zu schaffen, das die Sprache der Arbeiter spricht und von den Proletariern lieber gelesen wird, als der „Proletarier" des Fabrikarbeiterverbandes.

In der Diskussion wurden viele Wünsche und Beschwerden geäußert, aber in gleichem Maße klang auch das große Vertrauen durch, das die Mitgliedschaft ihrer Leitung entgegenbringt. Alle Redner sprachen den Wunsch aus, daß es bald gelingen möge, einen einheitlichen Kampf zu führen, um die elenden Verhältnisse der Arbeiter zu verbessern.

In einem ausführlichen Referat wurden die Aufgaben der revolutionären Gewerkschaftsbewegung behandelt. Die Pläne des internationalen Kapitals wurden herausskristallisiert und an Hand einwandfreien Materials der Nachweis erbracht, daß die wichtigste Aufgabe jeder revolutionären Organisation es sein muß, für die Einheit der Gewerkschaftsbewegung zu kämpfen und eine gemeinsame Plattform aller Arbeiter zu schaffen. Er wies nach, aus welchen Gründen der 3. Kongreß der RGI. zu der Losung der Gewerkschaftseinheit gekommen ist, und daß die Beschlüsse keine leeren Proklamationen bleiben dürfen, sondern mit dem lebendigen Geist der Tatkraft und Vollbringung erfüllt sein müssen. Um die vor uns stehenden Kämpfe genügend vorzubereiten, muß die Einheitsfront aller Fabrikarbeiter hergestellt werden. Die Sabotage des DFAV. kann nur gebrochen werden, wenn alle Fabrikarbeiter wieder in den Verband zurückkehren, um innerhalb der reformistischen Kreise für die Einheit und den gemeinsamen Kampf, für mehr Lohn und Brot zu wirken. Der Industrieverband wird nicht zögern, auch die organisatorische Einheit wieder herzustellen. Alle Kräfte der proletarischen Klasse sind zu mobilisieren. Enges Bündnis muß geschlossen werden mit den Konsumgenossenschaften und der IAH. Das Bündnis mit den Kleinbauern ist genau so wichtig wie Eingliederung der Frauen und Anwendung erprobter Kampfmethoden bei den kommenden Bewegungen. Ebenfalls müssen die internationalen Beziehungen ausgebaut werden, um alle Bewegungen zu festigen und zu verankern.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-166915610192410 21-18/fragment/page=0008